

den Markt kommt, sondern dieses Götzenfleisch hat andere Namen und Erscheinungen. Die modernen Götzentempel sind vielfach die Filmateliers, die Automobilfabriken, die Schallplattenfirmen, die Modeateliers, Stätten der Verherrlichung des gottlosen Menschen oder eines Menschen, der neben seiner Selbstverherrlichung sicherheitshalber auch noch dem Herrgott eine Stunde der Woche und einige Münzen opfert. Kann man das unsern Gläubigen klarmachen? Und zwar so, daß man nicht von oben herunter, aus einer von ihnen nicht gelebten Welt, zu ihnen spricht? Auch diese Frage fällt letzten Endes den katholischen Publizisten und Schriftstellern zur Last, aber auch den Lehrern, besonders an den Volksschulen. Und erst in der Aussprache von Mensch über diese Fragen, die die täglichen Lebensentscheidungen betreffen, kann dann auch den Eltern die Frage vorgelegt werden: Warum lebt ihr so, daß eure Söhne keine Lust am Priestertum haben, und warum haltet ihr eure Söhne von Priesterberufen ab, aus Angst, sie könnten ebenso versagen wie ihr selber? Glaubensversammlungen dienen in erster Linie der konkreten Selbstbesinnung der Laien auf ein christliches Leben, und wenn sie das richtig tun, ist auch die „entsprechende“ Hilfe gegeben, die dem hierarchischen Apostolat für die Erweckung von mehr Priesterberufungen geleistet werden muß. Das Leben des Christen „in Christus“ ist nicht nur Gottesdienst und Andacht, es ist auch ein entfaltetes Leben in brüderlicher Gemeinschaft, in der einer vom andern lernt und Erbauung erfährt, in der auch der Klerus vom Laien lernt, wenn auch nicht gerade Dogmatik. Die Frist zur Beschreitung dieses Weges ist kurz. Wenn wir diesen Weg nicht finden und erklären: „Das können wir Katholiken nicht!“, dann sollten wir den Traum einer Wiedervereinigung im Glauben aufgeben und das Feld der Ökumenischen Bewegung räumen. Es wäre sehr verkehrt, auf „einen günstigen Ausgang des Konzils“ zu warten. Es ist, wie immer wieder gesagt werden muß, unser aller Sache, die wir vom Papst gerufen worden sind, für einen günstigen Ausgang des Konzils das Menschenmögliche, ja mehr, das nur der Gnade — durch unsere Bereitschaft — Mögliche zu tun.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Dritter Fastenaufbruch der deutschen Bischöfe „gegen Hunger und Krankheit in der Welt“

Wie in den beiden letzten Jahren (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 242 bis 244, und 14. Jhg., S. 269) hat der deutsche Episkopat auch in diesem Jahr die Gläubigen zu einer Fastenaktion

aufgefordert, deren Ertrag mithelfen soll, Hunger, Krankheit und Not in Asien, Afrika und Lateinamerika zu überwinden. Das gemeinsame Hirtenwort wurde am 29. Januar bzw. 5. Februar 1961 in allen Kirchen verlesen. Es hat folgenden Wortlaut:

Seitdem ihr in den beiden vergangenen Jahren dem Rufe eurer Bischöfe zu einem Fastenopfer für die Hungernden und Kranken mit so großer Opferfreudigkeit gefolgt seid, sind in der Welt große Veränderungen vorgegangen. Zahlreiche Völker haben ihre staatliche Selbständigkeit erlangt. Aber mit Schmerzen sehen wir, daß viele von ihnen von wachsenden politischen und sozialen Unruhen ergriffen werden und daß sie noch nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft ihre sozialen und wirtschaftlichen Pro-

bleme zu lösen. Wie sehr bewahrheitet es sich, daß nur die Gerechtigkeit und die helfende Liebe, nicht aber der Haß unter den Rassen und Klassen eine bessere Welt aufbauen können.

Ihr habt in den beiden letzten Jahren mit eurem Fastenopfer ein Zeugnis solcher brüderlicher Liebe zu den notleidenden Menschen gegeben und dadurch, wenn auch in bescheidenem Maße, zum Aufbau einer neuen und gesunden Ordnung in diesen Ländern beigetragen. Mit eurer Gabe konnte in Afrika, Asien und Südamerika in vielen Notsituationen und Katastrophenfällen unmittelbar und schnell Hilfe gebracht werden. So habt ihr die Not der Opfer der großen Erdbeben in Chile und Agadir und der von Taifunen und Überschwemmungen in Indien, Pakistan und Hongkong Heimgesuchten gelindert. Noch dauerhafter aber wirkt eure Gabe dort, wo die notleidenden Menschen durch Ausbildung und Anleitung befähigt werden, sich selbst, ihren Familien und ihren Landsleuten zu helfen. So konnten aus euren Gaben 41 landwirtschaftliche Ausbildungsstätten, 26 Handwerkerschulen, 94 Krankenhäuser und Krankenstationen, 16 Krankenpflegeschulen, 23 Haushaltsschulen errichtet oder weiter ausgebaut werden. An 13 Plätzen wurde das so lebensnotwendige Wasser durch Brunnenbohrungen beschafft. Tausende von Aussätzigen werden Hilfe in ihrem Leiden und ein menschenwürdiges Leben durch das große Aussätzigenzentrum finden, das euer Opfer bei Madras in Indien ermöglicht hat. An 14 anderen Orten in Brasilien und Afrika, in Korea und Vietnam und auf den Philippinen konnte den Aussätzigen spürbar geholfen werden. Mit Dankbarkeit gegen Gott dürfen wir auch feststellen, daß eine große Zahl hochherziger Menschen aus allen Berufen — Handwerker, Ärzte, Landwirte und Lehrer, Krankenpflegerinnen und Ingenieure — sich für dieses große Werk christlicher Bruderliebe in den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt haben. Allein 50 junge Katholiken aus unserem Vaterland haben im vorigen Jahr ihren Dienst in einigen Ländern Afrikas, in Indien und Pakistan, in Neuguinea und anderen Gebieten begonnen. Wir sind sicher, daß die selbstlose Hilfe dieser Menschen eure Gabe zu einem leuchtenden Zeichen christlicher Bruderliebe vor denen machen wird, die den Herrn als den Urquell aller Liebe noch nicht kennen. Wir wollen ihm, der uns die Kraft zu diesem weltweiten Werk des Friedens gegeben hat, von Herzen danken. Nach all dem Furchtbaren, das zu unseren Lebzeiten in der Welt geschehen ist und noch geschieht, dürfen wir uns demütig darüber freuen.

Mit Freude stellen wir auch fest, daß unser ganzes Volk, daß Staat und Wirtschaft immer stärker die Verpflichtung zu selbstloser Hilfe für die notleidenden Völker erkennen.

Trotz all dieser guten Bemühungen ist unsere Gabe nicht weniger dringend geworden. Immer noch wächst die Not stärker als alle Hilfsmaßnahmen. Immer noch sterben jährlich fast 40 Millionen Menschen an den Folgen des Hungers. Zwei Drittel aller Menschen, die geboren werden, erreichen nicht einmal das 30. Lebensjahr. Von 900 Millionen Kindern in der Welt leben 500 Millionen im Elend, unterernährt, krank, obdachlos, ohne Schulunterricht. Im Schwarzen Afrika sterben die Hälfte der Kinder, ehe sie 15 Jahre alt werden. In manchen Gebieten der Erde kommt auf 100 000 Menschen nur ein einziger Arzt oder eine Krankenschwester, während in Deutschland für die gleiche Zahl von Menschen 135 Ärzte zur Verfügung stehen. 1200 Hilferufe, die uns Bischöfen aus aller Welt

zugegangen sind und für die wir mehr als 250 Millionen DM nötig hätten, geben ein eindringliches Bild dieser Not. Nicht einmal ein Drittel der Bitten konnten wir bis jetzt erfüllen. Wir dürfen die anderen zwei Drittel, die um unsere Hilfe gebeten haben, nicht von unserer Tür weisen. Wir müssen zudem in der kommenden Zeit mithelfen, den Menschen, die in Not sind, jene Schulbildung und jenes Wissen und Können zu vermitteln, das sie notwendig brauchen, um mit ihren Familien menschenwürdig leben zu können. Unsere Unterstützung muß auch den Menschen zuteil werden, die sich um den Aufbau einer gesunden und den Erfordernissen dieser Länder gemäßen gesellschaftlichen Ordnung bemühen.

Gewiß ist es bei der unübersehbaren Not in der Welt unmöglich, *allen* Hilfe zu bringen, die der Hilfe bedürfen. Aber weil die Not so unermeßlich ist, müssen wir Christen alles tun, was in unseren Kräften steht. Der Herr wird uns einst nicht fragen, ob wir *allen* geholfen haben, sondern ob wir denen geholfen haben, denen wir helfen konnten. Er ist es ja selbst, der uns in jedem Kranken und Hungernden begegnet.

Liebe Brüder und Schwestern, wir Bischöfe rufen euch heute zum dritten Mal zu einem Opfer für die Hungernden. Schränkt euch in den heiligen 40 Tagen zwischen Aschermittwoch und Ostern freiwillig ein, damit ihr denen beistehen könnt, die das ganze Jahr hindurch selbst das Allernotwendigste entbehren müssen. Bringt vom ersten Tag der Fastenzeit an ein wirkliches Opfer. Spart in dieser Zeit im Geist der Buße und Nächstenliebe in euren Familien, und legt das Ersparte zusammen mit einer angemessenen Gabe von eurem Überfluß dann am Passionssonntag vor den Altar des Herrn. Tragt wie Simon von Cyrene unserem Herrn das Kreuz nach, indem ihr den Kreuzträgern von heute, den Notleidenden aller Nationen und Hautfarben und Religionen, zu Hilfe kommt. Denkt daran: Wenn ihr euer Brot mit den notleidenden Brüdern des Herrn teilt, dann wird Er euch im österlichen Mahl um so reichlicher an der Fülle Seiner Liebe teilhaben lassen; denn was ihr dem Geringsten Seiner Brüder getan habt, das habt ihr Ihm getan.

Weihnachtsseelsorgertagung in Wien 1960: Die Kirche und die Mächte der Welt

Die Weihnachtsseelsorgertagung 1960 (27.—30. 12.), die wie alle früheren Tagungen vom Österreichischen Seelsorge-Institut unter der Leitung von Prälat Dr. Karl Rudolf durchgeführt

wurde, hatte zum Thema: „Die Kirche und die Mächte der Welt“ unter dem besonderen Aspekt der „Seelsorge von morgen“. Die Teilnehmerzahl betrug gegen 400.

Kirche als öffentliches Gewissen

Den Eröffnungsvortrag am Abend des 27. 12. hielt der Erzbischof von Wien, Franz Kardinal König, über „Funktion und Aufgabe der Kirche inmitten der Mächte der Welt“. Die Kirche, so führte er aus, ruft immer wieder die vom Menschen und von gesellschaftlicher Willkür unabhängigen Rechtsgrundsätze und ihre allseitige Geltung in Erinnerung. Sie trägt damit entscheidend bei zur Erhaltung der Demokratie, die heute nach dem Urteil vieler Wissenschaftler und Publizisten (u. a. Gaetano Mosca und Walter Lippmann) durch den Verfall der Begriffe von Recht und Freiheit sehr gefährdet ist und nur durch eine Besinnung auf die grundlegenden Rechtsprinzipien gesichert werden

könne. Die Kirche hat überhaupt die Aufgabe, das öffentliche Gewissen zu sein, damit Gerechtigkeit und Gemeinwohl gewahrt bleiben; denn besonders in der heutigen Form der Demokratie mit ihren Parteien und Interessenverbänden, wo jeweils die stärkeren Verbände ihre Interessen durchsetzen, werden Gerechtigkeit und Gemeinwohl vielfach verletzt. Die Kirche nimmt die pluralistische Struktur unserer Gesellschaft zur Kenntnis und tritt für die Freiheit des Individuums und der Familie und für die Autonomie der öffentlich-rechtlichen Institutionen und Berufsstände ein. Die Kirche setzt sich des weiteren für die rechte Rangordnung der Werte ein und wendet sich damit gegen die Tendenz, Wohlstand und Konsum als die Höchstwerte anzusehen. Die Kirche hat die Gewissen wachzuhalten für die Werte, die für die Zukunft des Gemeinwesens wichtig sind: insbesondere im Bereich der Familienpolitik und Kulturpolitik (derzeit fehlen hier überall die notwendigen Mittel) wie auch gegenüber der sozialen Gerechtigkeit, auch im Blick auf die unterentwickelten Länder. Eine weitere Funktion der Kirche ist es, angesichts der technischen Entwicklung die sittlichen Kräfte zu stärken, da heute die Gefahr besteht, daß der Mensch an seiner Technik zugrunde geht. Und nicht zuletzt ist die Sorge um die Jugend ein Anliegen der Kirche; wenn heute in weiten Schichten ein Wert-Nihilismus herrscht, so ist vor allem das schlechte Beispiel der älteren Generation daran schuld. Wenn sich im Mittelalter, so schloß Kardinal König seinen Vortrag, der Staat gegenüber der Kirche verpflichtet fühlte und damit der „weltliche Arm“ der Kirche war, so sind es heute die Laien, die das öffentliche Leben formen und führen.

Anschließend gab Prälat Dr. Rudolf einen Rückblick auf die vergangenen Weihnachtsseelsorgertagungen — ein erster Anfang war im Jahre 1923, die erste Tagung wurde 1931 durchgeführt — und zeigte im einzelnen, wie die Themen dieser Tagungen den besonderen Zeitanliegen entsprachen.

Die drei folgenden Tage begannen jeweils mit einer Morgenbetrachtung, gehalten von P. Dominikus Thahammer SJ, Wien. Dann folgten die Referate: zwei am Vormittag, eines oder zwei am Nachmittag. Für Diskussionen, die im Programm vorgesehen waren, blieb nur in seltenen Fällen Zeit. (Der Zeitmangel und Zeitdruck wachsen sich allmählich auf den Weihnachtsseelsorgertagungen zu einer chronischen Erscheinung aus. Täglich drei bis vier Referate von jeweils ein bis eineinhalb Stunden Dauer sind einfach zuviel, zumal die Referenten bestrebt sind, ihre Themen möglichst umfassend auszubauen.)

Die Bedeutsamkeit des geschichtlichen Handelns

Den ersten Vortrag hielt Univ.-Prof. Hermann Volk, Münster, über „Weltgeschichte (Menschheitsgeschichte) als Heilsgeschichte“. Prof. Volk entwickelte den Gedanken, daß der Sinn der Dinge — entscheidend dafür der Bezug zu Gott — und damit das Heil des Menschen nicht als feste Größe vorgefunden wird, sondern erst im Ablauf der Geschichte gewonnen und realisiert werden muß. Dadurch erhält das geschichtliche Handeln eminente Bedeutung. Geschichte ist nicht Entwicklung — denn durch Entwicklung kommt kein neuer Sinn dazu —, sondern *actus humanus*, in welchem der Mensch immer neu Antwort gibt und sich selbst verantwortet. Diesen Grundgedanken führte der Vortragende näher aus an den fünf theologischen Tatsachen: Kreatürlichkeit des Menschen,

Gnade, Sünde, Erlösung und Letzte Dinge. Er gab dabei eine ganze Dogmatik mit sehr prägnanten und vielfach neuen Formulierungen (worüber in gedrängter Form zu berichten allerdings kaum möglich ist).

Lebendige Glaubensverkündigung — Korrektur von Einseitigkeiten

Wesentlich einfacher und bescheidener in der Zielsetzung war das folgende Referat von Prof. Damasus Zähringer OSB, Salzburg, über „Die Kirche des 20. Jahrhunderts — Chancen und Gefahren“. Wenn man heute soviel Kritik übt und von der Kirche Beweglichkeit und Anpassung an die Zeit fordert, so habe dies seine Grenzen, da ja die Kirche Christus darzustellen hat. Was das Lehramt betrifft, so kann die Kirche oft nicht anders, als — im Gegensatz zum heutigen Relativismus — ein Ärgernis zu sein. Der Verkünder der Offenbarungswahrheit muß sich aber immer prüfen, ob er die Wahrheit liebend und lebendig verkündet, aus der Ergriffenheit des Herzens und aus einem inneren Schatz, der aus der Meditation gewonnen wird und der vom Zeugnis des Lebens begleitet ist. Ein zweites Ärgernis der Kirche entsteht im Bereich des Hirtenamtes. Denn die Kirche ist die gegenwärtige Autorität Christi, und wer heute Anspruch auf Autorität erhebt, stößt auf Widerspruch. Andererseits muß sichtbar werden, daß die Autorität der Kirche eine Autorität der Liebe ist. Beim dritten Amt der Kirche, dem Priesteramt, muß entgegen der heutigen Sucht nach Publizität betont werden, daß die Aufgabe der Kirche, zu konsekrieren und zu absolvieren, eine Aufgabe im verborgenen ist. Was die Praxis des sakramentalen Lebens der Gläubigen angeht, bestehe heute die Gefahr, daß gegenüber dem opus operatum die persönliche Entscheidung des Gläubigen in den Hintergrund tritt und daß beim Sakramentenempfang zuviel Routine herrscht. Das gelte auch für die Beichtpraxis.

Schlüsselbegriff Technik

Zum Thema „Fortschritt und Technik“ führte Philipp Dessauer, München, aus, daß es neben dem Streben nach technischem Fortschritt immer auch einen Widerstand gegen den Fortschritt gegeben habe, aus der Ahnung heraus, daß mit der technischen Erfindung etwas ins Rollen kommt, das vom Menschen nicht mehr aufgehalten werden kann. Technik ist natürlich eine große, eine herrscherliche Möglichkeit für den Menschen und zugleich eine Aufgabe von ungeheurer Verantwortung. Denn der Mensch kann die Erde auch verderben, wie schon die Apokalypse sagt, und wird sie verderben, und das geht an die Wurzeln des Menschseins. In der Hand des Kommunisten, der den Marxismus konsequent zu Ende denkt, ist die Technik die Möglichkeit, die Erde und den Menschen total umzugestalten, wofür er Millionen Menschen opfert. In Karl Marx, der bekanntlich jüdischer Herkunft war, lebte etwas vom Geiste der alten Propheten: die flammende Überzeugung vom Heil, das kommen wird. Es gibt die Meinung, daß sich der Mensch im Zuge einer Evolution in seinem Wesen derart verändern könne, daß ein neuer Menschentypus entsteht: demgegenüber ist dem Christen durch die Schrift garantiert, daß kein solcher Menschentypus entstehen wird, der über den von Christus repräsentierten Typus hinauswächst, sondern daß die Identität des Menschen bleiben wird.

Vor der Übermacht des Technischen braucht der Mensch

den Raum des Heiligen (den die Technik überhaupt nicht darstellen kann) und den Raum der Kultur, wo es noch echte Daseinsfreude gibt, wo die Liebe gepflegt wird und wo man noch Zeit hat. Es ist bezeichnend, daß im zunehmendem technischen Fortschritt dem Menschen die wirkliche Zeit als eine Kette von Gegenwärtigkeiten immer mehr abhanden kommt. Es hat wohl seinen guten Grund, daß die Kirche nicht zuviel Technik in den Kirchenraum hineinläßt.

Um die richtige Bewertung der Materie

Eine bedeutsame naturphilosophische und im zweiten Teil theologische Betrachtung war das Referat von Univ.-Prof. Michael Marlet SJ, Nimwegen, über „Die Materie“. Prof. Marlet faßte Materie nicht als abstrakte Materie im Sinn des aristotelischen Gegensatzpaares Materie und Form, sondern als konkrete, durchgeistigte, beseelte Materie. Als in der Diskussion ein Teilnehmer bemerkte, daß diese Auffassung von Materie eine gewisse Annäherung an den dialektischen Materialismus bedeute, bestätigte ihm dies der Vortragende und betonte, daß man Geist und Materie nicht so auseinanderreißen dürfe, wie dies in der Tradition der griechischen Philosophie der Fall ist. Prof. Marlet sprach von einem Prinzip der Gestaltung und einem Prinzip der Entfremdung und Intentionalität, das in der Materie wirksam sei. Doch wurde dem Berichterstatter und, wie die Diskussion zeigte, auch manchem Tagungsteilnehmer nicht recht klar, was darunter zu verstehen sei, auch nicht nach einer Antwort des Vortragenden. So bleibt der Bericht über den Vortrag notwendig fragmentarisch. Immerhin entstand der Eindruck, daß es sich hier um einen Versuch handelt, der wert ist, näher bedacht zu werden. Im theologischen Teil betonte der Vortragende, daß der Eintritt Christi in unsere materielle Welt die außerordentliche, die hohe Bedeutung der Materie erkennen lasse. Auch in der kommenden Verklärung der Welt, die wir durch unser Tun vorbereiten sollen, bleibe die Materie bestehen.

Gerechte Güterverteilung

Im völligen Kontrast zu diesem Thema führte der anschließende Vortrag von Anton Burghardt, Wien, „Die Verteilung der Güter“, in die Welt der konkreten materiellen Güter unseres Wirtschaftslebens. Die Frage der Güterverteilung ist bekanntlich, wie Burghardt betonte, von größter ethischer Bedeutung und damit ein Anliegen der Kirche. Grundlage der Güterverteilung muß die Leistung sein, doch reicht dieses Prinzip nicht zur Verwirklichung der Gerechtigkeit aus: es muß das Prinzip der elementaren Bedarfsdeckung dazukommen, wie es sich im Gegensatz zum liberalen Prinzip der bloßen Leistung und Gegenleistung in unserer Zeit immer stärker durchgesetzt hat. Die elementare Bedarfsdeckung ist eine Verpflichtung der Gesellschaft, wobei der Begriff Existenzminimum keine starre Größe ist, sondern mit den allgemeinen Konsumchancen der Gesellschaft wächst. Man dürfe die immer größer werdende Zahl der alten Leute nicht in die Kümmerzonen des Lebens verweisen. Andererseits sei zu bedenken, ob es richtig ist, arbeitsfähige Leute mit 55 Jahren aus dem Arbeitsprozeß auszuschneiden, wie es heute geschieht. In der Frage Entproletarisierung und Neuverteilung des Eigentums wandte sich Burghardt gegen jeden „Methodenmonismus“. Das Lohnarbeitsverhältnis könne man nicht

abschaffen, da man ja nicht zu kleingewerblichen Betriebsformen zurückkehren könne. Die Löhne müßten so hoch angesetzt werden, daß die Arbeiter Eigentum erwerben können. Daneben sei auch an die Ausgabe von Belegschaftsaktien zu denken. Schließlich dürfe nicht vergessen werden, daß in jedem Wirtschaftssystem Leistungsanreize vorhanden sein müssen.

Angesichts dieser Probleme wird die Kirche darauf verweisen, erstens, daß Wohlfahrt und Freiheit zugleich gesichert werden müssen; zweitens, daß eine gerechte Abgeltung der Leistung erfolgen muß (auch zu hohe Löhne verstoßen gegen die Gerechtigkeit); und, drittens, daß es auf die Wirkung für den Menschen ankommt und nicht auf das Verteilungssystem an sich. Wir sollten uns nicht von vornherein auf eine Privateigentumsordnung oder auf eine mehr sozialistische Ordnung festlegen, sondern jeweils realistisch die Auswirkung prüfen. Die Christen sollten überhaupt, so meinte Burghardt, manche sozialistische Grundanliegen mehr als bisher beachten.

Friedensbemühung und Aufgeschlossenheit gegenüber anderen Überzeugungen

Das Thema „Der Friede“ hatte Friedrich Heer, Wien, übernommen. Er begann mit dem Hinweis auf das buddhistische Weltkonzil 1956, auf welchem die Überzeugung ausgesprochen wurde, daß der Buddhismus zur Verkündigung des Weltfriedens berufen sei; denn das Christentum habe nur Kriege hervorgebracht und sich außerstande gezeigt, die Völker und Kulturen miteinander zu versöhnen. Heer wandte sich gegen die „Kriegstheologie“ des christlichen Abendlandes, angefangen vom Zeitalter Konstantins (ohne die von den Theologen entwickelte Unterscheidung vom gerechten und ungerechten Krieg zu würdigen), und wandte sich besonders heftig gegen jede Rechtfertigung von Atomrüstung und Atomkrieg (ohne auf die Folgen einzugehen, die angesichts des aggressiven Kommunismus ein Verzicht auf entsprechende Verteidigung notwendigerweise nach sich zieht. In dieser Frage sind bekanntlich Katholiken wie Protestanten geteilter Meinung. Der Mangel an Zeit verhinderte eine Diskussion über diese Frage. Sicherlich hätte sich gegen Heer heftiger Widerspruch erhoben).

Im weiteren forderte Heer von den Christen eine wesentlich größere Aufgeschlossenheit für Begegnung mit Menschen anderer Glaubensüberzeugungen. Die meisten Christen bewegen sich noch in einer geschlossenen Welt, ähnlich der geschlossenen Welt des „Roten Friedens“, in welcher der Außenstehende als Feind bekämpft, doch nicht kennengelernt und nicht ein Gespräch mit ihm gesucht wird. Diese Haltung, die, wie Heer meint, zutiefst aus der eigenen Unsicherheit komme, versage aber in dem neuen Weltalter, in welchem wie noch nie in der Geschichte alle Völker und Kulturen und Glaubensüberzeugungen aufeinanderprallen. Heer übte heftige Kritik an der Kirche und bezog sich dabei stark auf Gedanken, die Alfred Delp SJ in dem Buch „Im Angesicht des Todes“ entwickelt hat.

Die Haltung der Aufgeschlossenheit sei auch entscheidend für die Friedensarbeit. Nur Menschen dieser Aufgeschlossenheit können schöpferische Friedensbringer sein. Der Konflikt zwischen katholischer Kirche und Kommunismus ist unlösbar und muß ertragen werden, wie alle großen Konflikte ertragen werden müssen, damit sie fruchtbar werden können. Vielleicht wird es einmal eine echte Be-

gegnung mit dem kommunistischen russischen Menschen geben, ähnlich wie es heute ein Gespräch zwischen Katholiken und Protestanten gibt, nachdem dies jahrhundertlang unmöglich schien. (Die notwendige Selbstbehauptung unserer Welt gegenüber dem Kommunismus als Voraussetzung für eine eventuelle echte Begegnung in der Zukunft kam bei diesen Überlegungen entschieden zu kurz; es entstand der Eindruck, daß Recht und Unrecht etwa gleichermaßen auf beiden Seiten liegen.)

Das folgende Referat „Der Tod und das Ende der Zeiten“, gehalten von Univ.-Prof. Josef Ratzinger, Bonn, war wieder ein rein theologisches Thema. Zum „Ende der Zeiten“ führte der Vortragende aus, daß die Worte Jesu von den Vorzeichen des Endes, falschen Messiasen, Kriegs- und Hungersnöten, und andererseits das Wort, daß die Menschen essen und trinken werden, wenn das Ende kommt, nur scheinbar ein Widerspruch sind. Denn die genannten Zeichen gelten für jede Zeit; das Ende ist unberechenbar, Endzeit ist immer. Im persönlichen Tod kommt dieses Ende der Zeiten auf uns zu. Prof. Ratzinger kennzeichnete in sehr feiner Weise die rechte Haltung des Christen gegenüber dem Tod: ihn nicht zu einer Tat umbiegen wollen, sondern frei werden von seinem Selbstbehauptungswillen und sich fallen lassen in Gottes Hand.

Die moderne Lebensgier

Der letzte Tag führte wieder ganz in die Probleme unserer Zeit. Anton Böhm, Köln, sprach über den „Hunger nach dem Leben“. Er faßte die vielen offen zu Tage liegenden Erscheinungen dieses elementaren Lebenstriebs zusammen: das Wegschieben des Gedankens an den Tod (Sterben im Spital, ohne Anwesenheit der Angehörigen); das auffällige Interesse an den Fortschritten von Medizin und Hygiene (im geheimen wird die ewige Jugend und die Abschaffung des Todes erhofft); die vielfachen Anstrengungen, die Langeweile zu vertreiben, die sich aus der Erleichterung und Glättung des Lebens auf Grund der zivilisatorischen Fortschritte ergibt; die maßlose Verehrung von Filmstars und Sportgrößen, um in der Identifizierung mit ihnen dem eigenen Leben gleichsam eine zweite Dimension zu geben; die große ausgebaute Reiseindustrie mit ihren Möglichkeiten, in rascher Folge Erlebnisse zu konsumieren und aus dem verfestigten Lebensraum des normalen Lebens in die vermeintliche Fülle des Lebens ausubrechen; das Streben nach Rauschzuständen; der Kult der Sexualität, auch in der Literatur. Böhm schilderte dies alles sehr einprägsam und mit vielen interessanten Nebenbemerkungen. Doch der Lebenstrieb, so setzte er fort, erreicht sein Ziel nicht, wofür es zwei unwiderlegliche Zeichen gibt: die Unersättlichkeit des Strebens, die immer in Unzufriedenheit mündet, und die Verzweiflung in ihren verschiedenen Formen. Hier zeigt sich, daß unsere Zivilisation ambivalent ist: Denn neben dem Lebenstrieb hat sie einen Todestrieb in sich (Betonung der Sinnlosigkeit des Lebens, Verwüstung der Landschaft, Weiterschreiten zu immer größeren Möglichkeiten der Zerstörung, Verzicht auf Nachkommenschaft). Wenn sich die Philosophie heute stärker mit dem Problem des Lebens beschäftigt, so bekundet sich darin, daß man die extreme Gefährdung des Lebens in unserer Zeit stärker spürt.

Der Christ wird angesichts der Tatsachen des maßlosen Lebenstriebs darauf verweisen, daß die Menschen ein immer reicheres und ein unaufhörliches Leben im Grunde deshalb wollen, weil das Leben von Gott her auf Glück

und Ewigkeit angelegt ist. Es wird die Aufgabe des Christen sein, den suchenden Menschen diese Wahrheit aufzuschließen und den blinden Lebenstrieb zum erleuchteten Lebenswillen zu führen, der seine wahre Bestimmung erkennt.

Staat und Demokratie

Das nächste Referat war dem Thema „Der Staat“ gewidmet. Der Vortragende, Univ.-Prof. Johannes Messner, Wien, konnte aus dem großen Fragenkomplex natürlich nur einige auswählen. Zur Frage Demokratie und Kirche legte er folgende Gedanken dar: Demokratie kann definiert werden als der Staat, dessen Führung unter dem entscheidenden Einfluß der öffentlichen Meinung steht. Diese wieder ist der Inbegriff der Wahrheits- und Wertüberzeugungen der Gesellschaft, soweit sie auf die Staatsführung einwirken; sie haben zum Fundament religiöse und sittliche Überzeugungen. Indem nun die Kirche die religiösen und sittlichen Überzeugungen der Staatsbürger bildet, wirkt sie auf den Staat ein und ist in diesem Sinn eine politische Macht. Man tue den Politikern vielfach Unrecht, wenn man von ihnen einfach fordert, dieses und jenes zu tun; man müßte vielmehr das öffentliche Gewissen stärken, damit die Politiker den entsprechenden Rückhalt haben.

Unsere Demokratie als eine Herrschaft der Parteien, die gerne andere Kräfte ausschließen und den Staat unter sich aufteilen, befindet sich z. T. im Widerspruch zur Verfassung und z. T. zu den sittlichen Grundprinzipien des demokratischen Gemeinwesens. Trotzdem muß man sagen, daß das Gemeinwohl, nach Leo XIII. die oberste Norm des staatlichen Handelns, noch nie in der Sozialgeschichte so gut verwirklicht war wie heute.

Ein weiterer Gedanke: das Wort „Freie Kirche im Freien Staat“, das heute bei uns gilt, könne nicht bedeuten, daß der Staat keine religiöse Existenz hat. Der Staat ist ja nicht bloß Apparat, sondern Gemeinschaft. Daher müßte z. B. im österreichischen Staat zum Ausdruck kommen, daß die Bevölkerung Österreichs zu ca. 90% katholisch ist. Die Entideologisierung, die heute vielfach gefordert wird, würde bedeuten, alle sittlichen Grundüberzeugungen aufzugeben. In England und Amerika gibt es dieses Problem nicht, da alle Staatsmänner gewisse Grundüberzeugungen von einem christlichen Staat haben, was in gemeinsamen Gottesdiensten und Gebeten bei der Parlamentsöffnung zum Ausdruck kommt. Unsere politische Geschichte ist jedoch von Liberalismus und Marxismus bestimmt.

Zur Frage Kirche und Staat äußerte Prof. Messner eine Besorgnis: Die Kirche habe zwar, als sie ihre Geistlichen aus der Parteipolitik zurückzog, das damals Notwendige getan; andererseits habe sie sich dadurch selbst aus dem staatlichen Bereich hinausmanövriert, wodurch eine Lücke entstanden sei. Denn die Politiker, die sich als Funktionäre allmählich in der Partei hinaufarbeiten, haben nie Zeit gehabt, sich um die sittlichen Grundfragen zu kümmern, und sind zu sehr Vertreter ihrer Interessengruppen und ihres Wahlkreises geblieben. Die Katholische Aktion habe diese Lücke nicht ausgefüllt. Man müsse sich heute neu darauf besinnen, daß die Kirche das öffentliche Gewissen ist und wie sie es ist. Es wäre Aufgabe der Katholischen Aktion — eine Aufgabe auf lange Sicht —, über gelegentliche Erklärungen hinaus eine wirksame Publizität zu erreichen und eine Führungsschicht für das öffentliche Leben heranzubilden, weil wir sonst den Auseinandersetzungen der Zukunft nicht gewachsen sind.

(Der Vorwurf gegen die Katholische Aktion, im politischen Raum versagt zu haben, war bekanntlich eine Haupttriebkraft für die Entstehung der „Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände“. In der Diskussion wurde den Ausführungen Messners über die Katholische Aktion widersprochen und darauf hingewiesen, daß die Katholische Aktion viele Menschen herangebildet habe, die später in politischen Führungsstellen gearbeitet haben. Auch die Katholische Sozialakademie bilde eine Führungsschicht aus. Das „Unbehagen“ über zu geringen Erfolg sei heute eine allgemeine Erscheinung und kein Spezifikum der Katholischen Aktion.)

Aufgaben gegenüber den unterentwickelten Ländern

Das letzte Referat der Tagung lautete: „Der Hunger und der Überfluß“ in der modernen Welt, d. h. die wirtschaftliche und soziale Situation in den „reichen“ westlichen Industriegesellschaften und die in den außereuropäischen Notstandsgebieten sowie ihr Verhältnis zueinander. Der Referent, Franz Greiner, Freiburg i. Br., zeigte an Hand der letzten Jahresberichte der FAO und der GATT die krassen Unterschiede zwischen den beiden Blöcken von Reich und Arm in der Welt auf, behandelte dann die von diesen internationalen Organisationen geforderten Änderungen, vor allem der Erwerbsstruktur in den Entwicklungsländern, und gewann so die Voraussetzungen, um die Bedeutung des seit Jahren anhaltenden Konflikts zwischen Neosozialisten und Neoliberalen in der Frage der Entwicklungstheorie für die Katholiken herauszustellen: Erst nach gründlichem Aufarbeiten der empirischen Daten und ihrer Berücksichtigung in einer elastisch gehaltenen Entwicklungskonzeption kann überhaupt Entwicklungspolitik mittels der vorhandenen internationalen und nationalen Organisationen einigermaßen erfolgreich betrieben werden.

Zum anderen entwickelte der Referent aus der Kontroverse zwischen New Orthodoxy (Neosozialisten) und Mont-Pèlerin-Gesellschaft (Neoliberale) die Bedeutung der sog. metaökonomischen Werte (Röpke) für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Westen und Nichtwesten. Ein Konsens zwischen diesen Werten, wie in der Wertfrage überhaupt, bestehe heute zwischen Westen und Nichtwesten noch nicht. Er ließe sich um so leichter erreichen, je bewußter die westlichen Gesellschaften sich der wesentlichen Zwecke der internationalen Gesellschaft seien. In dem Dilemma, daß einerseits der „Überfluß des Westens“ die Voraussetzung zur Überwindung der internationalen Not bildet und andererseits der gleiche Überfluß, nicht als quantifizierbare Größe, sondern als soziales Phänomen, heute nahezu identisch mit gesellschaftlicher Ziellosigkeit ist, die nachhaltig Einstellung und Verhalten des einzelnen bestimmt, sah Greiner eines der schwersten Handikaps für die Verwirklichung einer neuen gerechten internationalen Ordnung.

Abschließend verglich der Referent die Möglichkeiten der Katholiken zur Bewältigung der internationalen sozialen Frage mit ihren bis jetzt erbrachten Leistungen. Bei unverhältnismäßig günstiger Ausgangsposition (Entschlossenheit der kirchlichen Führung, sicherer sozialer Doktrin, beträchtlichem Potential an opferfreudigen Gläubigen, einer z. T. hervorragend ausgebauten Infrastruktur für Hilfen, über die Mission) sei trotz rühmlicher Ausnahmen das Potential der Kirche insgesamt — in dieser Frage — fast überhaupt noch nicht zum Tragen gekommen: Die

materiellen Leistungen der Katholiken für die indirekte Mission (mittels Entwicklungshilfen) machen noch keine 20% der von den Protestanten jährlich gespendeten Summen aus; die kirchliche Führung, von einzelnen Episkopaten abgesehen, greife zu selten Sachfragen auf; eine Neufassung der sozialen Enzykliken auf dem Hintergrund der in Arm und Reich geteilten Welt stehe nach wie vor aus; bis heute gebe es noch keine zentrale Stelle in der Kirche, die das überreiche Erfahrungsmaterial der Mission — in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht — systematisch aufarbeite und auswerte (eine Aufgabe, die vielleicht das Löwener Zentrum „World Justice“ übernehmen könnte). Auf der unteren Ebene seien die Versäumnisse nicht weniger beträchtlich. Kaum eine internationale katholische Organisation treibe systematisch Researcharbeit; um die z. T. hervorragenden Arbeiten katholischer Sozialwissenschaftler für die praktische Hilfe heute fruchtbar werden zu lassen, fehlen bis jetzt die dazu unerlässlichen Apparaturen. Dadurch bedingt, bliebe die kirchliche Soziallehre im luftleeren Raum hängen.

Der Mangel an qualifizierten Katholiken, das Ergebnis einer verfehlten Einstellung der katholischen Gesellschaft gegenüber den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften gerade in den wirtschaftlich und sozial integrierten Gesellschaften, wirke sich heute dahin aus, daß in den entscheidenden Gremien der internationalen und nationalen „Entwicklungsorganisationen kaum je ein überzeugter Katholik anzutreffen sei (mit Ausnahme der UNESCO). Man müsse ernsthaft prüfen, ob die Organisationsstrukturen unserer katholischen Verbände, die im 19. Jahrhundert geschaffen worden sind, für Aufgaben geeignet seien, die sich von denen des vergangenen Jahrhunderts grundlegend unterscheiden. Mit einem ständigen Verbreitern dieser Organisationen sei es heute nicht mehr getan.

Doch selbst wenn es den Verbänden gelänge, Stil und Arbeitsweise in Übereinstimmung mit den neuen Aufgaben zu bringen, bestünde kein Grund zur Annahme, die Katholiken könnten allein mit der sozialen Frage unseres Jahrhunderts fertig werden. Daher, so schloß der Redner, brauche es Menschen, überzeugte qualifizierte Katholiken, die in die internationalen Organisationen gingen und dort aus katholischem Geist arbeiteten und entschieden, eine langfristige Aufgabe, die sich die Katholiken soviel kosten lassen sollten, wie sie wert ist.

Aus dem Vatikan

Ergänzungen der Konzils- kommissionen

Nach Meldungen des „Osservatore Romano“ hat Papst Johannes XXIII. folgende Ernennungen für die Vorber-

reitenden Kommissionen ausgesprochen:

Konsultor der Zentralkommission: Primo Principi, Erzbischof von Tiana und Sekretär der Kongregation für die Verwaltung von St. Peter in Rom;

Konsultoren der Theologischen Kommission: Raimond Sigmond OP und Gustav Gundlach SJ;

Mitglied der Kommission für die Disziplin von Klerus und Volk: Roberto Ronca, Erzbischof von Lepanto;

Konsultor der Kommission für die Orientalischen Kirchen: Rev. Johannes Gerhard A. M. Remmers;

Mitglied der Kommission für das Laienapostolat: Erzbischof Gilla Vincenzo Gremigni, Bischof von Novara (sämtlich „Osservatore Romano“ 19. 1. 61).

Konsultoren der Kommission für die Disziplin von Klerus

und Volk: Carlo P. Greco, Bischof von Alessandria, und Giovanni Francesco Motte OFM;

Mitglied der Kommission für die Ordensleute: Hieronymus Gassner OSB;

Konsultoren der Kommission für die Ordensleute: Andreas Guay (Oblate) und Gerardo Escudero (Claretiner);

Mitglieder der Kommission für das Laienapostolat: Msgr. Ferdinando Prosperini und P. Giuseppe Menichelli (Kongregation der Missionen);

Mitglied des Sekretariates für die Einheit der Christen: Gerhard M. F. van Velsen, Bischof von Kroonstad, und Abt Leo v. Rudloff OSB;

Konsultor des Sekretariates für die Einheit der Christen: Rev. Petrus Michalon (Sulpizianer)

(sämtlich „Osservatore Romano“ 23./24. 1. 61).

Regeln für ökumenische Kontakte

In einem vielbeachteten Aufsatz in der Zeitschrift „La Civiltà Cattolica“ (Jhg. 111, Nr. 2652, 17. 12. 60), der

auch im „Osservatore Romano“ nachgedruckt wurde, hat Kardinal Augustinus Bea aus Anlaß des Besuchs des anglikanischen Erzbischofs von Canterbury einige theologische Prinzipien dargelegt, die für solche Kontakte wie denen zwischen dem Papst und dem Oberhaupt einer vom Apostolischen Stuhl getrennten Kirche maßgebend sind. Aber darüber hinaus können sie, wie der Kardinal sagt, dienlich sein, „in ähnlichen Fällen auch persönliche Haltungen einzunehmen, die den Geboten des eigenen Glaubens entsprechen“.

Der erste Grundsatz der persönlichen Festigkeit im Glauben schließt die Verpflichtung ein, die Unantastbarkeit des ganzen katholischen Dogmas sicherzustellen, weil es die Offenbarungswahrheit ausdrückt. Die Einheit ist gemäß den Worten Pauli begründet in der „Einheit des Glaubens und der Erkenntnis des Sohnes Gottes“ (Eph. 4, 13). Diese Verpflichtung erklärt die von jeher überkommene Strenge der Kirche in Sachen der Lehre. Diese Strenge ist nur der Ausdruck der Liebe zur Wahrheit, die Christus uns so sehr ans Herz gelegt hat.

Besondere Aufmerksamkeit hat das gefunden, was Kardinal Bea über den Grundsatz der Liebe schreibt, der in den Kontakten mit den getrennten Christen zu beachten ist. Es handelt sich nicht nur um die Liebe, die wir als Christen allen Menschen schulden, sondern um die im eigentlichen Sinne dieses Wortes „brüderliche“ Liebe zwischen Christen, die Brüder sind. Die Enzyklika *Mediator Dei* stellt ausdrücklich fest, daß alle gültig Getauften kraft der Taufe Glieder des mystischen Leibes Christi werden, wenn auch der Ausübung ihrer Gliedschaftsrechte Hindernisse gesetzt sind, die durch das Kanonische Recht umschrieben werden.

Man habe wohl, so fährt Kardinal Bea fort, nicht immer genügend aufmerksam beachtet, daß der Papst alle von der katholischen Kirche getrennten Christen gebeten hat, sie als Brüder und Söhne anzusprechen zu dürfen. Das entspricht unserer Auffassung von der Kirche als unserer Mutter, die alle ihre Kinder mit mütterlicher Liebe umgibt. „Wenn ein Kind, aus welchen Gründen auch immer, die eigene Mutter nicht kennt und deshalb auch nicht anerkennt, so hört diese deshalb doch nicht auf, seine Mutter zu sein, noch auch hört das Kind auf, die Frucht ihres Leibes zu sein. Die Mutter kann also gar nicht anders als für das Kind mit der Glut eines mütterlichen Herzens empfinden. So hört auch die Kirche nicht auf, für ihre

Kinder, wenn sie auch äußerlich von ihr getrennt sind, eine zarte und innige Liebe zu hegen, die man niemals verleugnen darf.“

Diese beiden Grundsätze machen die Begegnung mit Repräsentanten anderer Kirchen zu einem Ereignis, das sehr viel Takt fordert. Im Bewußtsein ihrer Verantwortung für das Vermächtnis der Offenbarung hat die Kirche nicht nur kein Recht zu dogmatischen Kompromissen, sondern sie muß auch jede mißverständliche Sprache vermeiden. Sie darf weder Verwirrung noch Illusionen stiften und deshalb nicht einer irenischen Haltung zuliebe darauf verzichten, die Glaubensverschiedenheiten zu präzisieren. Andererseits verpflichtet die Liebe sie, jede Brüskierung der getrennten Brüder zu vermeiden und ihnen, wie der Papst selbst sagte, mit vollendeter Höflichkeit zu begegnen.

Die Vereinigung dieser beiden Pflichten kann nur glücklich gelingen, wenn bei derartigen Begegnungen eine große Zurückhaltung gegenüber der Öffentlichkeit gewahrt wird. Es geht keineswegs nur um den Austausch humaner Höflichkeiten, sondern um Kontakte, die beiderseits im Geiste Christi gesucht und vollzogen werden. Das allein schon verbietet jede Profanierung und läßt sich auch nicht mit politischen Gesprächen vergleichen, selbst wenn diese diskretesten Charakter haben. Solche geheiligten Ereignisse sind keine Sache für die Neugier. Es geht um die Einheit des Glaubens, die nur kompromittiert wird, wenn man sie mit spektakulären Gesten demonstriert oder vortäuscht. Noch einmal muß man sich hier die Situation einer Mutter vergegenwärtigen, die die ersten Begegnungen nach so langer Trennung ganz gewiß nicht der Öffentlichkeit preisgeben wird und die sich selbst voller Sorge die Frage stellt, „ob sie immer genügend Geduld, Klugheit und Liebe in der Erziehung und Führung ihrer Kinder aufgebracht habe und ob sie nicht mit einem höheren Maß von Heiligkeit, mit mehr Gebet und Opfer die furchtbare weltweite Trennung hätte vermeiden können“. Das sind die Fragen, die sich die Kirche stellt, und darum begrüßt sie mit Freude, aber, wie es sich gehört, mit einer verhaltenen Freude jedes Zeichen der Sehnsucht nach Wiederherstellung der Einheit.

Es läßt sich, wie Kardinal Bea weiter ausführt, allerdings nicht bestreiten, daß bei solchen Ereignissen wie dem Besuch des anglikanischen Primas auch die Öffentlichkeit ein legitimes Verlangen nach Information hat. „Die Frage der Einheit der Christen, die infolge der Anstrengungen der Ökumenischen Bewegung, der katholischen sowohl wie der nichtkatholischen, immer offener geworden ist, ist wirklich viel zu wichtig für den Frieden und die Einheit der heutigen Welt, als daß die weite Öffentlichkeit sich daran desinteressieren könnte. Man muß es dem Ermessen, dem Takt und der Klugheit derjenigen, die auf Grund ihres Amtes die Zusammenhänge kennen, überlassen, wie weit sie in der Information glauben gehen zu können.“

Zum Schluß seines Aufsatzes hebt der Kardinal die Bedeutung des Besuches hervor, die er vor allem darin sieht, daß die Begegnung eine neue Atmosphäre offenbar macht und versinnbildet. Sicher werde sie Früchte tragen. Aber man müsse das Anliegen der Wiedervereinigung und alles, was damit zusammenhängt, immer von neuem der Gnade Gottes anvertrauen und sich vor eiligen Urteilen und Prognosen hüten.

Die „neue Atmosphäre“ liegt, wie man aus den Ausführungen von Kardinal Bea folgern darf, vor allem in dem Bemühen, bei der Bezeugung des eigenen Glaubens

gegenüber Andersgläubigen der brüderlichen Liebe den ihr gebührenden Rang zu geben. Diese Liebe hat der Kardinal von den rein humanen Formen der mitmenschlichen Begegnung abgehoben. Er fordert mehr, als daß man sich im interkonfessionellen Gespräch der Höflichkeit befleißigt. Wenn man die Feststellung, daß wir Brüder in Christus sind, so unzweideutig versteht, wie der Papst selbst sie nach den Andeutungen des Kardinals verstanden wissen will, dann muß in der persönlichen Begegnung mit den nichtkatholischen Christen das Bewußtsein vorwiegend sein, daß sie mit uns an dem gleichen Erbe teilhaben und von Gott, unserm Vater, von Christus, unserm Haupt, und von der Kirche, unserer Mutter, mit derselben Liebe betrachtet werden wie wir. Liebe aber setzt die unumschränkte Achtung vor der Überzeugung des andern und die vorbehaltlose Ehrfurcht vor seiner Person voraus. Eine „Brüskierung“, von der Kardinal Bea verlangt hat, daß sie vermieden wird, eine Brüskierung von Brüdern ereignet sich nicht erst, wenn man persönlich unhöflich wird. Es gibt auch eine sachliche Brüskierung, und man darf sie vielleicht dann als gegeben betrachten, wenn Überzeugungen oder Gefühle, die dem einen Bruder besonders am Herzen liegen, vom andern mit einer Sachlichkeit oder gar mit einer oberflächlichen Sachlichkeit erörtert oder beurteilt werden, die einen kalten, schneidenden oder überheblichen Ton an sich hat. Das ist besonders verletzend, wenn diese Urteile Personen betreffen, die dem andern verehrungswürdig sind. Diese Unterscheidung von Person und Sache, von Irrtum und Irrenden, wird wohl nicht immer genügend bedacht. Wo der eine im Urteil über Personen nur eine sachliche Feststellung zu treffen glaubt, da fühlt der andere seine persönliche Verehrung verletzt. So geht es uns als Katholiken, wenn wir gewisse protestantische Redeweisen über Maria vernehmen, die nach Meinung unserer getrennten Brüder nur sachliche Feststellungen enthalten. So ergeht es ihnen, wenn sie Katholiken in einer für sie demütigenden Weise über die Reformatoren sprechen hören. Das sollte vermieden werden, zumal der Papst selbst darum gebeten hat, daß man aufhören möge, historische Prozesse über das Faktum der Trennung aufzuziehen.

Die Rede von Erzbischof Parente

Es hat deshalb beträchtliches Aufsehen erregt, daß der zweithöchste oder, nach dem Papst, der dritthöchste Würdenträger in der Verwaltung des Heiligen Offiziums, Erzbischof Parente, der Assessor dieser Kongregation, in einer Rede über die Notwendigkeit des kirchlichen Lehramtes auf der Konzilswoche der Päpstlichen Lateranuniversität (im Wortlaut veröffentlicht im „Osservatore Romano“, 16. 11. 60) von „einer heute herrschenden Mode des Versuchs, selbst Luther zu rehabilitieren“, gesprochen hat und diesem Versuch mit sehr scharfer Sachlichkeit entgegentrat. Selbstverständlich sind die Ausführungen des Prälaten, wiewohl sie für ein katholisches Auditorium bestimmt waren, der gesamtkirchlichen Öffentlichkeit bekannt geworden. Wie sie dort interpretiert worden sind, zeigt der Artikel „Luther und der Erzbischof. Das Ringen um die Vorentscheidungen für das Konzil“ von Joseph Schmitz van Vorst („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 5. 12. 60). Sie werden in Beziehung zu „Vorentscheidungen“ für das Konzil gesetzt, womit das Konzil von vornherein kompromittiert würde. Auch auf katholischer Seite haben diese Gedankengänge von

Msgr. Parente eine recht strenge Kritik gefunden in einer Betrachtung von Robert Rouquette in der französischen Jesuitenzeitschrift „Études“ (Januar 1961, S. 111—113). „Die harte Polemik, die Kardinal Pizzardo (in seiner Eröffnungsrede zu der genannten Woche) als überholt bewertet, nimmt darin einen wesentlichen Platz ein.“ Rouquette kritisiert die Ausführungen des römischen Erzbischofs sowohl über Luther persönlich wie auch über die seitherige Entwicklung des europäischen Geistes als summarisch, ungenügend nuanciert und ebenso ungenügend in dem Verdammungsurteil en bloc. Sachlich betont Rouquette, daß Msgr. Parente mit Recht die Gefahr der Autonomie des Geistes unserer Zeit hervorgehoben habe. Es gebe aber auch eine andere Gefahr, daß nämlich der Spielraum des Rechtes auf das persönliche Urteil, auch im Raum des Religiösen, durch den Appell an die jederzeitige Unterwerfung eingeengt werde. „Der Köhlerglaube war nie das Ideal des Katholizismus.“ Rouquette beendet seine Kritik mit der Forderung: „Die Aufrechterhaltung einer Dialektik zwischen Autonomie und Heteronomie ist notwendig, wenn man mit den Protestanten ins Gespräch kommen will und ihnen begreiflich machen will, daß der Katholizismus weder mit einer Verstümmelung der geistigen Freiheit verbunden ist noch mit einer passiven und blinden Unterwerfung unter ein willkürliches Lehramt.“

Aus Süd- und Westeuropa

Künstliche Befruchtung als Experiment

Durch die kommunistische Zeitung „Paese Sera“, die diese Nachricht weltanschaulich im Sinne des Materialismus auszubeuten versuchte, wurde die Öffentlichkeit über ein biologisches Experiment von Professor Petrucci in Bologna unterrichtet, das zu einer Stellungnahme herausfordert.

Professor Petrucci hat ein menschliches Ei, das bei der Operation einer Patientin entfernt wurde, in einer Glasvitrine unter möglichst natürlichen Bedingungen konserviert und mit Spermien, die seinem Laboratorium zwecks einer Fruchtbarkeitsuntersuchung zur Verfügung standen, künstlich befruchtet. Die Befruchtung gelang, und der Embryo blieb 29 Tage am Leben. Da er zu diesem Zeitpunkt schwere Mißbildungen zeigte, brach Petrucci das Experiment ab.

Das Experiment hatte, nach Aussage seines Urhebers, nicht den Zweck, einen Homunculus zu züchten. Die Lebensbedingungen, die der Embryo im Mutterleib vorfindet, sind nach Ansicht der Fachleute nur im allerersten Lebensstadium, aber unter gar keinen Umständen für die gesamte Entwicklungsdauer bis zur Lebensfähigkeit mit künstlichen Mitteln herstellbar. Professor Petrucci kam es vielmehr darauf an, die Verwendbarkeit embryonaler Gewebe für Hauttransplantationen, insbesondere bei schweren Verbrennungen, zu untersuchen und zu diesem Zweck auch zu erforschen, ob sich ein Embryo künstlich zu einer größeren Masse entwickeln läßt. Außerdem wollte er durch Aufnahmen des Experimentes ein Demonstrationsstück für den bevorstehenden Kongreß der Gesellschaft für wissenschaftliche Photographie herstellen. Das Experiment selbst ist übrigens nicht neu. Schon 1944 hat Dr. John Rock von der Harvard-Universität mit künstlichen Befruchtungen außerhalb des menschlichen Leibes erfolgreich experimentiert, und in letzter Zeit hat Dr. Landrum Shettles von der Columbia-Universität über

Versuchsreihen dieser Art in einer Monographie berichtet. Neu ist nur die lange Lebensdauer, die Petrucci erreicht hat. Sie ist um ein Vielfaches länger als bei den früheren Versuchen. Allerdings haben die französischen Biologen Jean Rostand und Étienne Wolf erklärt, die Photographien hätten sie nicht eindeutig davon überzeugt, daß es sich tatsächlich um einen menschlichen Embryo gehandelt habe, doch die amerikanischen Versuche in mehr als tausend Fällen und die Versicherungen von Petrucci dürften ausreichen, diese Tatsache als gegeben anzunehmen.

Das Experiment stellt sowohl ein theologisches als auch ein ethisches Problem. Beide sind in mehreren Aufsätzen des „Osservatore Romano“ (14., 15., 16./17. Januar 1961) und des „Osservatore della Domenica“ (22. Januar 1961) erörtert worden.

Das theologische Problem liegt in der Behauptung, die gelungene künstliche Befruchtung außerhalb des Mutterleibes und das dabei erzeugte Leben eines menschlichen Embryos, das fast einen Monat andauerte, stelle die Glaubenslehren über die Entstehung des Menschen in Frage. Denn das Leben sei in diesem Experiment doch mechanisch erzeugt und erhalten worden, also ohne Zutun von Vater und Mutter, und demnach wohl erst recht ohne das Zutun des Schöpfers, dem wir die Entstehung des individuellen menschlichen Lebensprinzips, der Seele, zuschreiben.

Auf diese Behauptung erwidert Professor Roberto Masi im „Osservatore Romano“: „Das Experiment besteht im wesentlichen darin, daß die männlichen und weiblichen menschlichen Keimzellen außerhalb ihres natürlichen Ortes vereinigt wurden und der daraus entstandene Embryo zur Entwicklung gebracht wurde. Man darf nicht vergessen, daß die Keimelemente dem menschlichen Leibe entnommen wurden, wo sie entstanden und für die Befruchtung bereit waren. Der eigentliche Ursprungsort des Embryos, der außerhalb des menschlichen Leibes entwickelt wurde, bleibt also in jedem Falle der menschliche Leib, und auch die Entwicklung selbst ist denselben natürlichen Kräften zuzuschreiben, die in der natürlichen Zeugung und Entwicklung menschlicher Wesen wirksam sind. Im Endergebnis hängt also die Entwicklung des Embryos auch dann von den natürlichen Kräften ab, wenn er in ein Milieu verpflanzt wird, das nicht sein natürliches, wenn auch diesem ähnlich ist.“

Von theologischem Interesse ist allerdings auch die weitere Frage, die der Chefredakteur des „Osservatore Romano“, Raimondo Manzini, gestellt hat: „Was war das für ein Lebewesen?“ War es ein Mensch? Zwar werden viele Biologen und auch Philosophen oder Theologen, denen die naturhaften Fundamente des katholischen theologischen Denkens fremd sind, für diese Frage kaum Verständnis haben. Die katholische Theologie sieht sich aber aus Sorge um das individuelle Heil und wegen der unvertretbaren Heilsfunktion der Kindertaufe genötigt, über die spezifische Natur des menschlichen Embryos nachzudenken. Wenn man nämlich ein einziges Lebensprinzip im Menschen annimmt und dieses in der geistigen Seele erblickt, dann muß auch ein menschlicher Embryo als Mensch betrachtet werden, selbst wenn man über den Zeitpunkt, mit dem sein Eigenleben beginnt und sich von dem des mütterlichen Organismus unterscheidet, kein absolut sicheres Wissen hat. In ihren praktischen Folgerungen bezüglich der Schwangerschaftsunterbrechung und der intra-uterinen Taufe setzt die Theologie die Wahrscheinlichkeit voraus, daß der göttliche Akt der Erschaffung der individuellen Seele mit der Zeugung zusammenfällt.

Es ist aber doch wohl eine Frage, ob die von Petrucci experimentell vorgenommene Zellvereinigung überhaupt als menschliche Zeugung bezeichnet werden kann; denn diese ist doch ein personaler Akt und nicht nur ein biologischer Vorgang. Es ist auch nicht gut vorstellbar, daß Gott, der durch die Erschaffung der persönlichen Seele diesem personalen Akt seine Vollendung gibt, einem zu wissenschaftlichen Zwecken sozusagen synthetisch im Laboratorium konstruierten Embryo eine Seele verleiht! In diesem Falle wären ja doch die „Eltern“ nicht mehr Urheber des Lebens und in der Form der Wirkursache daran beteiligt, sondern, *sit venia verbo*, nur noch durch die Hervorbringung der dazu notwendigen stofflichen Elemente „in ordine causae materialis“. In dieser Debatte hat man die Theologen, die sich derartige Gedanken machen, schon an den Fall Galilei erinnert und freut sich auf den Zeitpunkt, da sie, wenn schon nicht die technische Erzeugung der Lebens-elemente, so doch diejenige des menschlichen Organismus selbst als Tatsache werden hinnehmen müssen. Man wird sich gedulden können. Einstweilen bezeichnen auch die Biologen die Idee, daß man eines Tages den Menschen in der Retorte züchten werde, als baren Unsinn.

Die moralische Qualifikation des Versuches von Petrucci fällt in Anbetracht der Weisungen, die Papst Pius XII. in seinen beiden Reden vom 29. September 1949 über das Problem der künstlichen Befruchtung (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 113 f.) und vom 19. Mai 1956 über Fruchtbarkeit und Sterilität in der Ehe (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 462 ff.) gegeben hat, eindeutig negativ aus. Es reicht hin, aus der zweiten Rede folgenden Satz zu zitieren: „Was die künstliche menschliche Befruchtung, *in vitro* betrifft, genügt es, zu sagen, daß sie als unmoralisch und absolut unstatthaft zu verwerfen ist.“ Die Begründung dafür liegt in der göttlichen Anordnung, daß der einzige legitime Ort neuen menschlichen Lebens in der Ehe zu sehen ist. Gegenstand des Ehevertrages aber ist, wie der Papst in derselben Rede ausführte, nicht „das Kind“, sondern es sind „die ‚natürlichen Akte‘, die imstande und dazu bestimmt sind, neues Leben zu zeugen. Daher muß man von der künstlichen Befruchtung sagen, daß sie das Naturgesetz verletzt und dem Recht und der Sitte widerspricht“ (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 464). Diskutabel ist nur eine künstliche Nachhilfe durch den Arzt zum natürlichen ehelichen Befruchtungsvorgang. Nun hat Petrucci allerdings geltend gemacht, daß sein Experiment gar nicht einer künstlichen Züchtung menschlichen Lebens diene, sondern dermatologischen und allgemein diagnostischen Zwecken. In der letztgenannten Rede des Papstes wird aber erneut darauf hingewiesen, daß auch die Wissenschaft für ihre guten Zwecke nur sittlich einwandfreie Mittel gebrauchen darf. Die technische Hervorbringung einer Vereinigung menschlicher Keimzellen ist nach der oben zitierten Entscheidung kein solches Mittel, sei es, weil man sie — wenigstens möglicherweise — doch als menschliche Zeugung anzusehen hat, sei es, weil die Keimzellen, namentlich die Samenzellen, kaum anders als auf unnatürliche Weise (vgl. ebenfalls die Papstrede, Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 464) gewonnen werden können und für einen solchen Gebrauch nicht bestimmt sind.

Einem letzten Mißverständnis, dem auch Petrucci zum Opfer gefallen ist, muß vorgebeugt werden. Der Gelehrte hat sich darüber beklagt, daß der „Osservatore Romano“ ihm zwar bestätigt habe, daß seine Versuche nichts gegen Gott oder die Religion beweisen; dennoch habe er sie als

unmoralisch qualifiziert. Dieser Einwand Petruccis ist geradezu ein Schulbeispiel für die Schwierigkeit, der die Kirche begegnet, wenn sie den Menschen, und man darf wohl sagen auch den Gelehrten unserer Tage, eines der wichtigsten ihrer ethischen Prinzipien verständlich machen will: den Satz über das Verhältnis zwischen Zwecken und Mitteln. Viele werfen der Kirche vor, sie habe, wenigstens zu gewissen Zeiten, gelehrt, daß der Zweck die Mittel heilige, und sind nicht imstande, zu begreifen, daß es nach kirchlicher Lehre Mittel gibt, die durch keinen Zweck geheiligt werden können, weil sie ihrer Natur nach unsittlich sind. Man könnte davon eine lange Liste aufstellen; hier aber haben wir es mit einem solchen Mittel zu tun. Das Mittel, das Petrucci verwendet hat, ist nicht erlaubt, und zwar nicht deshalb, weil er böse Absichten damit verfolgte, sondern weil er durch seinen Gebrauch die Befugnis überschritten hat, die der Schöpfer dem Menschen in bezug auf seinen Leib gegeben hat.

Probleme zwischen Kirche und Staat in Spanien

Carlos Santamaría, der über Spanien hinaus bekannte Laientheologe, Pax-Christi-Sekretär und Begründer der „Internationalen Katholischen Gespräche von San Sebastián“ (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 109), hat einen Beitrag „Die Katholiken im gegenwärtigen Spanien“ verfaßt, der im Mai 1960 im französischen Bulletin der Pax Christi erschien und in der Nummer der „Informations Catholiques Internationales“ vom 15. 10. 60 abgedruckt wurde. Er nennt die positiven Erscheinungen im spanischen Katholizismus: die reiche materielle und moralische Unterstützung durch den Staat, den Bau großer Seminarien, das Anwachsen der Priesterberufe, die Entwicklung neuer Apostolatsformen, die ersten Früchte einer liturgischen Renaissance und einer besseren religiösen Bildung.

Zum überwiegenden Teil jedoch spricht Santamaría von den Schwächen und Bedrohungen, die Grund für ernste Sorgen der spanischen Kirche seien. Er weist darauf hin, daß zwanzig Jahre nach dem Ende des „heiligen Krieges“ Sieger und Besiegte einander noch immer in unversöhnlichen Fronten gegenüberstehen und eine wahre Versöhnung nie zustande gekommen ist. Er nennt drei große Probleme, die auch die Kirche aufs stärkste betreffen: die soziale Ungerechtigkeit, den staatlichen Zentralismus und die Beziehungen zwischen Kirche und Staat. „... Wenn die Forderungen der Gerechtigkeit und Liebe nicht großzügig verwirklicht werden, wird die wirtschaftlich-soziale Umwandlung mit Gewalt erfolgen — und diese Gewalt wird nichts Christliches an sich haben... Es muß gesagt werden, daß die Zahl der Antiklerikalen und der erklärten Atheisten noch nie so groß war. Vor allem in der Universitätsjugend gibt es viele, die sich zum Unglauben bekennen. Die Anhänger einer Trennung zwischen Kirche und Staat scheinen mir immer zahlreicher zu werden. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung klagt ungerechterweise die Kirche an und macht sie für alle politischen Mängel verantwortlich...“ Der Verfasser spricht von der Unterdrückung jeder Opposition und Regierungskritik und vom absoluten Fehlen der Presse- und Vereinigungsfreiheit.

Dieser Artikel hat in offiziellen Kreisen Spaniens verständlicherweise einiges Aufsehen erregt. Sein Abdruck in der angesehenen französischen Zeitschrift soll (nach KNA) mit die Ursache gewesen sein, warum die für die zweite

Novemberhälfte 1960 angesetzte XX. Soziale Woche Spaniens mit dem Thema „Information in der gegenwärtigen Gesellschaft“ kurzfristig und ohne Angabe plausibler Gründe abgesagt wurde (Santamaría wäre einer der vier Hauptredner gewesen).

Die Gärung im Baskenland

Die Hauptursache für diese überraschende Absage dürfte in der akuten kirchlichen Gärung zu suchen sein, die wir in dem vorausgegangenen Bericht geschildert haben (vgl. ds. Jhg., S. 74 ff.). Die Unruhen haben seitdem noch weitere Wellen geschlagen. Nuntius Antoniutti (den man völlig zu Unrecht einen Integralisten nennen würde) redete bei mehreren offiziellen Ansprachen den nordspanischen Geistlichen, die in einem offenen Brief gegen die Politik des Regimes und das Bündnis der Kirche mit ihm protestiert hatten, sehr ernst ins Gewissen. Priestern und Gläubigen stehe es nicht an, mit Schriftsätzen ihren kirchlichen Oberhirten zu nahe zu treten, am wenigsten unter dem Schleier der Anonymität. Wenn ein Priester seinen Vorgesetzten etwas zu sagen habe, habe er sich an seinen Bischof zu wenden, nicht aber vertraulich Mitteilungen in die Öffentlichkeit zu tragen oder gar den Gegnern in die Hände zu spielen, so daß sie in zweifelhaften Organen verbreitet werden.

Bischof Gúrpide von Bilbao ließ seinem ersten Hirtenbrief (a. a. O. S. 78) Ende November einen zweiten folgen, „Über die Freiheit der Kulte und die Trennung von Kirche und Staat“. Dieser schließt mit folgender Zusammenfassung: „Kirche und Staat sollten sich nicht voneinander trennen, sondern einander helfen... Die wirtschaftliche und administrative Trennung von Kirche und Staat kann man verteidigen; dagegen ist die moralische Trennung ein Irrtum, eine Häresie...“

Die scharfe Reaktion der angesprochenen Bischöfe in der von allen Tageszeitungen veröffentlichten Erklärung (a. a. O. S. 78) hatte nicht zur Beruhigung beigetragen, sondern eher noch stärkeren Widerspruch herausgefordert. Die Initiatoren des ersten Manifests verfaßten ein zweites, mit dessen Unterzeichnung weitere baskische Priester und Laien (gerüchtweise sprach man sogar von 10 000) aus ihrer Reserve hervortraten. Das Schriftstück, das insbesondere in den Provinzen Guipúzcoa und Bilbao verbreitet wurde, forderte zweierlei: 1. die Veröffentlichung des ersten Briefes, „weil die gegen ihn verhängte und öffentlich verbreitete Zurechtweisung eine große Gewissensverwirrung verursacht hat“; 2. die Kennzeichnung jener Punkte, die „heftige Vorwürfe gegen die Kirche“ enthalten haben sollen.

Der Bischof von San Sebastián, der 66jährige Katalane Jaime Font Andreu, antwortete mit einer ungewöhnlich scharfen Erklärung, die am 3. Dezember 1960 an auffallender Stelle in allen Tageszeitungen, dagegen nicht in der offiziellen „Ecclesia“ und anderen kirchlichen Zeitschriften veröffentlicht wurde. Nach Meinung des Bischofs verberge das neue Manifest unter dem Deckmantel eines vorgetäuschten Respektes eine boshafte Haltung. Wahre Katholiken seien streng verpflichtet, die Entscheidungen der kirchlichen Hierarchie in aufrichtiger Ergebenheit zu beachten, anstatt von ihren Oberhirten Rechenschaft zu fordern. „Alle Geistlichen der Provinz Guipúzcoa, die diesen Schriftsatz unterzeichnen oder sich ihm anschließen, laufen ipso facto Gefahr, von ihren priesterlichen Funktionen suspendiert zu werden.“

Katholische Arbeiterbewegung und Syndikate

Die Kontroverse zwischen den staatlichen Einheitsgewerkschaften (Syndikaten) und den Arbeiterverbänden der Katholischen Aktion (HOAC) dauert schon viele Jahre (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 381, und 11. Jhg., S. 80). Die Syndikate beanspruchen ein sozialpolitisches Monopol, und die HOAC beharren auf ihrem Recht, die sozialen Lehren und Forderungen der Kirche in der Gesellschaft und vor dem Staat zu vertreten.

Auch in dieser Frage haben sich die Fronten neuerdings versteift. In der Madrider Syndikatszeitung „Pueblo“ war kürzlich zu lesen: „Tatsache ist, daß die HOAC ganz offenkundig eine zweite Gewerkschaft außerhalb des Gesetzes der gewerkschaftlichen Einheit bilden.“ Die HOAC haben jetzt etwa 6000 Mitglieder und erfreuen sich eines von Jahr zu Jahr größeren Ansehens, während die Syndikate bei all ihren Leistungen als ein Zwangsinstrument des Regimes betrachtet werden. Der Bischof der Kanarischen Inseln hat schon vor Jahren in einem öffentlichen Hirtenbrief ihre Unvereinbarkeit mit der katholischen Soziallehre behauptet. Heute fürchten die Syndikate, daß ihnen im Falle eines Umsturzes die Arbeitermassen restlos verlorengehen und zu anderen Gruppen überlaufen.

Bei den Syndikatswahlen des Jahres 1960, bei denen wie alle drei Jahre wiederum rund 445 000 Delegierte und Funktionäre zu wählen waren, wurden die Kandidaten der HOAC systematisch benachteiligt und durch staatlichen Druck oder Prozesse ausgeschaltet. Die vier Arbeiterverbände der Katholischen Aktion (männliche und weibliche HOAC, männliche und weibliche Arbeiterjugend) richteten daraufhin einen gemeinsamen Beschwerdebrief an den Falange- und Syndikatsminister („Ministro Secretario General del Movimiento y Delegado Nacional de Sindicatos“) José Solís Ruiz.

Dieser antwortete am 10. und 15. Oktober 1960 mit Briefen an den Erzbischof von Toledo und Primas von Spanien, Enrique Kardinal *Pla y Deniel*, in dessen Eigenschaft als Präsidenten der Katholischen Aktion. In diesen Briefen sprach er den HOAC das Recht zur Kritik an einer öffentlichen Institution rundweg ab. Gleichzeitig erschien ein 300 Seiten umfassendes Werk, in dem mit einer Zusammenfassung seiner Reden und Artikel unter dem Titel „Neues spanisches Zusammenleben“ (Nueva Convivencia Española) diese monopolsyndikalistische Doktrin ausgearbeitet wird.

Ein Brief des Kardinalprimas

Die Antwort des Kardinalprimas erfolgte unter dem Datum des 15. November mit einem sehr ausführlichen, 2500 Wörter umfassenden Schreiben an Minister Solís Ruiz. Fest steht — entgegen dem Korrespondentenbericht von Gottfried Grosse alias Enrique Barth —, daß der Kardinal den Briefwechsel mit der äußersten Diskretion behandelte und daß er nicht durch kirchliche Stellen in die Öffentlichkeit drang. Dagegen hat der Minister Kopien der Briefe zusammen mit den erforderlichen Verhaltensmaßregeln an die Gouverneure der 50 spanischen Provinzen gerichtet; dadurch gelangte der Wortlaut der kirchlichen Antwort auch in die Öffentlichkeit und hat international beträchtliches Aufsehen erregt. Eine erste Zusammenfassung brachte die „New York Times“ vom 2. Januar 1961; in den darauffolgenden Tagen kamen die weltlichen und kirchlichen Nachrichtenagenturen nach.

Der Kardinalprimas gibt in seinem Brief zunächst seiner „Überraschung“ Ausdruck angesichts der Weigerung des Ministers, „den HOAC eine juristische Personalität zuzuerkennen und ihnen irgendeine Antwort zu geben“. Ohne auf die Details der vergangenen Syndikatswahlen einzugehen, entwickelt der Kardinal dann seine grundsätzliche Stellungnahme. „Sie wissen wohl, daß die spanischen Syndikate stets und bis heute Gegner außerhalb Spaniens haben, die sie für nicht im Einklang mit der kirchlichen Soziallehre halten... Ich für meinen Teil habe vor der Regierung, vor den Bischöfen und vor den HOAC stets darauf bestanden, daß die Zusammensetzung der spanischen Syndikate aus Arbeitern und Unternehmern und ihr obligatorischer Charakter nicht gegen die kirchliche Soziallehre verstoßen, vorausgesetzt, daß sowohl Arbeiter wie Unternehmer authentisch vertreten sind... Nach vielen Berichten, die nicht nur aus den HOAC, sondern von den Arbeitern in unseren Diözesen allgemein kamen, haben aber die Arbeiter in den spanischen Syndikaten keine ausreichende Vertretung.“

„Die kirchliche Hierarchie ist den Syndikaten nie feindlich gegenübergestanden, sondern hat sie durch die Ernennung von geistlichen Diözesanbeiräten unterstützt, was nicht auf Initiative der Kirche, sondern auf Ersuchen des daran interessierten Staates geschah... So wie nun der Staat offizielle Syndikate organisiert hat, mußte auch die Kirche apostolische Vereinigungen schaffen: die Arbeiterverbände (wie auch die Unternehmerverbände) der Katholischen Aktion... Unglücklicherweise gibt es ja außerordentlich viele Industriearbeiter, die nicht praktizieren und der Kirche absolut fernstehen.“

„Konflikt zwischen Kirche und Staat“

Der Kardinalprimas zitiert dann Art. 34 des spanischen Konkordats von 1953 (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 21 ff.): Die Vereinigungen der Katholischen Aktion Spaniens können unter der unmittelbaren Abhängigkeit von der kirchlichen Hierarchie ihr Apostolat frei entfalten; für Tätigkeiten anderer Art haben sie sich in den Schranken der staatlichen Gesetzgebung zu halten. „Es wäre eine sehr irriige Auslegung dieses Artikels, wollte man ihn so verstehen, daß sich das Apostolat der Katholischen Aktion generell darauf zu beschränken habe, die Frömmigkeit im innerkirchlichen Raum anzuregen und zu pflegen... Die Mission der Katholischen Aktion liegt generell außerhalb des Gotteshauses; das Apostolat der HOAC schließt notwendig die Propaganda der kirchlichen Soziallehre und die Beschäftigung mit sozialen Problemen ein... Solange man das nicht versteht, versteht man überhaupt nicht, was Katholische Aktion heißt.“

„Kann man, nachdem der erwähnte Artikel im spanischen Konkordat einmal besteht, die Personalität der HOAC in Spanien noch bestreiten? Das würde einen echten Konflikt zwischen Kirche und Staat hervorrufen... Haben sich die HOAC nicht darauf beschränkt, eine Bittschrift an die zuständige Autorität, nämlich an den Nationaldelegierten der Syndikate, zu richten? Oder erkennt die Syndikatsorganisation ein Petitionsrecht nicht an? Dann wären die Syndikate ein totalitäres Regime wie das Hitlers oder der Sowjets.“

„Welch schmerzlicher Kontrast!“

„Sowohl der erste wie der jetzige Präsident der HOAC sind kostenlos in die USA eingeladen worden, um die

Arbeiterorganisationen jenes Landes zu besuchen. Welch schmerzlicher Kontrast! Spanien ist einer der wenigen konfessionellen Staaten der Welt und hat für viele Bereiche unter katholischen Gesichtspunkten ein Musterkonkordat — aber man schmälert, ja bestreitet die Personalität der HOAC, man stellt sie in Rundschreiben des Falange- und des Innenministeriums als verdächtig hin, man belästigt ihre Leiter mit polizeilichen Untersuchungsverfahren, man bestraft sie für das, was sie in Veranstaltungen unter Anwesenheit des Diözesanbischofs sagen oder nicht sagen [vgl. ds. Jhg., S. 77], und man verhindert ihre Veranstaltungen, wie kürzlich in einem Dorf der Provinz Almería, ohne daß man sie eines Vergehens oder einer Unehrenerbietigkeit hätte beschuldigen können... Ein bescheidenes Blättchen der HOAC von Toledo präsentierte der staatlichen Zensur kürzlich ohne Angabe der Herkunft einen Artikel, der dem Organ der Syndikate entnommen war. Die Zensur strich ihn und genehmigte ihn erst, nachdem die Quelle vorgezeigt wurde.“

„Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Staat und HOAC sind äußerst gefährlich. Jüngste Beispiele von Konflikten zwischen Kirche und Staat in einigen Ländern — mit schwerwiegenden Auswirkungen auch in weltlicher Hinsicht — begannen mit Konflikten zwischen den Regierungen und Verbänden der Katholischen Aktion... Ich halte Ew. Exzellenz für einen Realisten, der weiß: Man kann in Spanien 1960 nicht so vorgehen wie 1940.

Der Kardinalprimas zitiert abschließend Art. 16 des spanischen Grundgesetzes (Fuero de los Españoles) von 1945: „Für erlaubte Ziele und innerhalb der von den Gesetzen abgesteckten Grenzen können sich die Spanier frei vereinigen und zusammenschließen.“

Falsche Kommentare

Die „New York Times“ hat gewiß recht, wenn sie in ihrer Meldung schrieb: „Im offiziell katholischen Spanien ist der Kardinalprimas nach Franco die Persönlichkeit mit dem höchsten Ansehen und der höchsten Autorität. Seine Warnung wird deshalb für sehr bedeutungsschwer gehalten.“ Es ist aber ein völlig ungerechtfertigter Sensationalismus, wenn andere Blätter von einem „öffentlichen Bruch nach 25 Jahren der Zusammenarbeit“, vom „Signal für eine taktische Neuorientierung des hohen Klerus“ sprachen. In der Haltung des 84jährigen Kirchenfürsten bedeutet der Brief keine Wandlung und schon gar keinen Bruch. Wie selbst in den vergangenen Jahrgängen der Herder-Korrespondenz leicht nachzuprüfen ist, war die Stellungnahme des spanischen Primas immer eindeutig und wurde mehr als einmal klar und kritisch ausgesprochen. Neu ist höchstens die Schärfe der Formulierungen, mit der nach der jüngsten Zuspitzung der Dinge der kirchliche Standpunkt vertreten wird, und neu ist es, daß solche Dinge an die Öffentlichkeit geraten. Sowohl für die Zuspitzung wie für die Indiskretion trägt aber Schuld nicht die Kirche, sondern ein Falangepolitiker.

Dessen Motive sind schwer einzusehen. Er mußte doch wissen, daß die Falange und ihr Minister ohnehin nicht mehr sehr hoch im Kurs stehen und sich keine Reibereien mit anderen Gruppen und Tendenzen leisten dürfen. Normalerweise hätte man erwarten müssen, daß Solís Ruiz von seinem allmächtigen Staatschef zurückgepfiffen würde; das scheint jedoch nicht sofort der Fall gewesen zu sein. Erst Ende Januar trat der Minister seinen Cansagag ins Erzbischöfliche Palais in Toledo an.

Auf Betreiben von Alberto Martín Artajo, 1945—1957 Außenminister in der Regierung Franco, heute Verlagsdirektor der „Editorial Católica“ mit der Tageszeitung „Ya“ und weiteren katholischen Blättern, kam es am 5. Dezember zu einer Aussprache zwischen Syndikatsminister Solís Ruiz und den Präsidenten der vier Arbeiterbände der Katholischen Aktion; das einzige Ergebnis war eine Präzisierung der beidseitigen Standpunkte.

Um so überraschter war man, als tags darauf die Zeitung „Ya“ einen Leitartikel unter dem Titel „Willkommene Zusammenarbeit“ veröffentlichte. (Die Zeitung, deren Verlag unter der Leitung des Bischofs von Málaga, Dr. Ángel Herrera Oria, steht, ist eigenartigerweise in jüngster Zeit mehr zu einem Sprachrohr des Regimes als der Kirche geworden; die Hintergründe dafür sind unbekannt geblieben.) Ohne die Streitpunkte auch nur zu erwähnen, legte der Kommentar die jeweiligen Aufgabenbereiche der Syndikate und der Katholischen Aktion dar und schloß: „Wenn man die Dinge so klarstellt, ist leicht einzusehen, daß jeder der beiden Organismen sein spezifisches Tätigkeitsfeld hat; wenn er es nicht überschreitet, ist eine Opposition oder ein Kampf gegeneinander unvorstellbar: sind doch die letzten Ziele in sozialer, patriotischer und religiöser Hinsicht in Spanien die gleichen, so daß die positive und reale Zusammenarbeit nicht nur beiden nutzt, sondern der nationalen Gemeinschaft im ganzen zugute kommt.“

Die Syndikatszeitung „Pueblo“ griff diesen Kommentar begeistert auf und antwortete am 8. Dezember mit einem Leitartikel unter dem vielsagend abgewandelten Titel „Eine Basis für die gewünschte Zusammenarbeit“. Die Zusammenarbeit sei für die Syndikate „achtenswert und willkommen“; freilich könne alles, was auf dem Gebiet des kirchlichen Apostolats das Zeitlich-Materielle berühre, „sehr gut und sehr angemessen den rechten Weg durch die Syndikate gehen, ohne daß sich dann die Probleme einer Duplizität der Tätigkeit ergeben“. Nach Meinung des „Pueblo“ zeigen die Verbände der spezialisierten Katholischen Aktion das eindeutige Bestreben, „ihre Aktivität über die Grenzen ihrer Verfassung hinaus auszudehnen“.

Protest und Richtigstellung

Die Antwort auf diese Leitartikel erfolgte durch einen Offenen Brief, den die Präsidenten der männlichen und weiblichen Arbeiterjugend, José Antonio Alzola und Inés Carrasco, unterzeichneten. Seine Veröffentlichung im „Pueblo“ wurde durch Drohungen mit „sonstigen Maßnahmen“ erzwungen, „die im Weigerungsfall im Einverständnis mit der kirchlichen Hierarchie ergriffen werden“. So ergab sich das in der spanischen Presse einmalige Schauspiel, daß ein offizieller Kommentar (dessen Abfassung dem Falangeminister selbst zugeschrieben wird) durch eine mehr als drei Spalten umfassende Erklärung berichtigt werden mußte.

Darin heißt es: „Es ist irrig, zu behaupten, daß der apostolische Auftrag in bezug auf das materielle Leben durch eine weltliche Organisation erfüllt werden kann... Die Arbeiterbewegungen der Katholischen Aktion waren nie, sind nicht und werden nie sein eine ‚konkrete Pflanzstätte‘ für irgendeine Gewerkschaft oder politische Partei, sei sie nun katholisch oder nicht... Für alle, für absolut alle spanischen Arbeiter fordern wir das Recht zurück — man

beachte das wohl —, an den Verantwortungen der Syndikatsorganisation teilzunehmen, ohne daß man ihnen bei der Wahl oder in ihrer Tätigkeit Schwierigkeiten bereitet... Die Arbeiterverbände der Katholischen Aktion haben mit den Leitartikeln in ‚Ya‘ und ‚Pueblo‘ nicht das geringste gemein. Sie haben bis zur Stunde nicht bemerkt, daß ihre soziale Arbeit besser anerkannt würde; diese Arbeit üben sie im Rahmen der von der Hierarchie gesteckten Grenzen aus, wonach sie weder Gewerkschaften noch bloße Bruderschaften sind, sondern die Soziallehre der Kirche zu verteidigen und zu verbreiten und für ihre Anwendung in der Praxis zu sorgen haben.“

„Pueblo“ fügte der Veröffentlichung (29. 12. 60) ein redaktionelles Nachwort an, das nochmals den Syndikatsstandpunkt wiederholt. Bei „Ya“ dauerte es noch fünf Tage länger, bis die Berichtigung der JOC publiziert wurde (3. 1. 61); hier folgte der Kommentar, daß nach Meinung der Redaktion zwischen dieser Richtigstellung und dem ursprünglichen Leitartikel kein Widerspruch bestehe.

„Keinerlei Zusammenarbeit“

Noch schärfer äußerte sich die JOC in der Januarnummer ihres Verbandsorgans „Juventud Obrera“: „Bis zum gegenwärtigen Augenblick hat es keinerlei Art der Zusammenarbeit zwischen der Syndikatsorganisation und den Verbänden der spezialisierten Katholischen Aktion gegeben... Die spanische Hierarchie stellt unter anderem drei Forderungen für die Gewerkschaftsorganisation, wenn sie wie im Fall Spaniens vom Staat eingesetzt ist: den Verzicht auf jede politische Tätigkeit, die echte Repräsentation und die volle Unabhängigkeit ihrer Arbeit.“

Aufschlußreich ist noch der Kommentar der offiziellen kirchlichen Wochenschrift „Ecclesia“ (7. 1. 61): „Mehr als um eigentliche Zusammenarbeit zwischen Katholischer Aktion und Syndikaten handelt es sich um eine gegenseitige Anerkennung ihrer Personalität und der jeweiligen Kompetenzen. Je besser die Syndikate arbeiten, desto geringer ist die Gefahr und Versuchung, sie eines Tages durch etwas anderes zu ersetzen. Je mehr Kraft die apostolischen Verbände entwickeln, desto größer ist der Kreis der aus ihnen hervorgehenden Menschen, die gewerkschaftliche oder anderweitige Verantwortungen übernehmen können. Man muß hier auch, wie bei vielen anderen Dingen, an die Rolle der öffentlichen Meinung erinnern, und es ist unumgänglich notwendig, hier jede Art von Konfusion zu vermeiden.“

Die Syndikate in der Sicht Francos und der internationalen Gewerkschaften

Mitten in diese Auseinandersetzungen kam die traditionelle Neujahrsbotschaft General Francos (im vollständigen Wortlaut in allen Zeitungen vom 30. 12. 60). Aus den langen Ausführungen sei der folgende einschlägige Abschnitt übernommen, der zugleich sehr typisch das Selbstverständnis des spanischen Staatschefs widerspiegelt: „Mit einer Vorwegnahme von zwanzig Jahren standen wir als Avantgarde am Scheideweg der historischen Strömungen, so daß wir ganz zwangsläufig auf die Feindschaft unserer Gegner und selbst auf das Unverständnis derer stoßen mußten, die natürlicherweise unsere Freunde sein müßten. Daraus erklärt sich die Einmaligkeit der Situationen, die wir durchstehen mußten. Aber der Himmel wollte die Redlichkeit unserer Vorsätze und die Opfer des spanischen

Volkes belohnen, und heute können wir feststellen, daß wir mit unserer organischen Demokratie und unserem nationalen Syndikalismus Lösungen gefunden haben, die den Bedürfnissen der modernen Welt genau angepaßt sind. . . Der Syndikalismus selbst muß zur verantwortlichen Plattform der politischen Entscheidungen und Initiativen des Staates gemacht werden. . .“

In einer gemeinsamen Erklärung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften (Brüssel, 23. 12. 60) protestieren beide Verbände gegen das „totalitäre Polizeiregime General Francos“, gegen dessen Unterstützung durch demokratische Regierungen und internationale Institutionen und „insbesondere gegen die angebliche spanische Syndikatsbewegung, die in Wirklichkeit nur ein Instrument der an der Macht befindlichen Partei ist, um die Arbeiter zu kontrollieren“. „Die Regierung General Francos verschärft noch heute, nach mehr als 20 Jahren, ihre Polizeimaßnahmen und antigewerkschaftlichen Verfolgungen; sie verurteilt führende Gewerkschaftler wegen Taten, die während des Bürgerkrieges begangen wurden; sie behandelt den Streik als militärische Rebellion und läßt durch Kriegsgerichte die Arbeiter aburteilen, die sich gegen die von Tag zu Tag schlechtere wirtschaftliche Lage, gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit und das wachsende Elend der Arbeiterschaft wehren.“

Ein Schulkonflikt?

Ein neuer Konflikt scheint sich auf dem Gebiet des Schulwesens herauszubilden. Die spanische Regierung hat ein neues Gesetz erlassen, wonach nur mehr staatlich geprüfte Lehrkräfte an höheren Schulen angestellt werden dürfen. Auf einer Tagung der kirchlichen Schulen Anfang Januar 1961 in Madrid beschloß der Vorstand, das Gesetz nicht anzuerkennen und zu ignorieren; den Ordensoberen und Schulleitern wurde dies in einem vertraulichen Rundschreiben mitgeteilt. In einem am 26. Januar verteilten Flugblatt gab aber das Studentensyndikat den Inhalt des Rundbriefes bekannt und griff ihn als „Aufruf zum Widerstand gegen ein vom Staatschef erlassenes Gesetz“ scharf an. Hinter dem Flugblatt stehen nicht nur Syndikatskreise, sondern auch viele aus der akademischen Lehrerschaft, die sich durch die Einstellung nicht staatlich geprüfter Lehrkräfte benachteiligt fühlen. 80% der höheren Schulen Spaniens liegen in den Händen der Kirche.

Den Entwurf eines neuen spanischen Pressegesetzes (vgl. ds. Jhg., S. 75) haben die drei Bischöfe — von Málaga, Ciudad Real und Lugo —, die Mitglieder der dafür eingesetzten staatlichen Kommission sind, einmütig als „weltanschaulich unannehmbar“ abgelehnt. Sie haben wissen lassen, daß sie der nächsten Ausschusssitzung, in der der Gesetzentwurf gebilligt werden soll, fernbleiben werden.

**Internationale
Katholische
Organisationen
(OIC) gründen
eigenen Ausschuß
für das
Ökumenische Konzil**

Das Ständige Komitee der Internationalen Katholischen Organisationen (OIC), das Anfang 1961 in Paris tagte, gab seiner Sorge darüber Ausdruck, daß die Internationalen Katholischen Organisationen nicht zu den vorbereitenden Arbeiten für das Ökumenische Konzil eingeladen worden seien. Außerdem wurde bedauert, daß viele Mitglieder der vorbereitenden Komitees sich die Tätigkeit und die Erfahrungen der OIC nicht genügend zunutze machten.

Aus diesem Grund wurde bei der Tagung ein aus 15 Personen bestehender Ausschuß gegründet, dessen Aufgabe es ist, alle Informationen und Angaben der OIC zu sammeln, die für die offiziellen Vorbereitungsausschüsse des Ökumenischen Konzils von Nutzen sein könnten. Dieser „Konzilsausschuß“ der Internationalen Katholischen Organisationen steht unter Leitung von Fräulein M. M. C. Vendrik (Niederlande). Geistlicher Berater ist Msgr. Dr. A. Ramselaar (Niederlande).

Aus Amerika und Australien

Schwerer Konflikt zwischen Staat und Kirche in Haiti Immer wieder erweisen sich die Inselstaaten des Karibischen Meeres politisch und religiös als Unruheherde. Nach Kuba, Puerto Rico und Santo Domingo ist nun in Haiti ein seit langem schwelender Konflikt zwischen der Regierung und der katholischen Kirche zum offenen Ausbruch gekommen. Die Beziehungen waren seit der Ausweisung zweier französischer Priester und der nur in letzter Minute rückgängig gemachten Verhaftung des Erzbischofs François Poirier der Hauptstadt Port-au-Prince im August 1959 gespannt geblieben (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 59 f.). Ende November 1960 wurde dann Erzbischof Poirier ausgewiesen und in einem Flugzeug kurzerhand nach seinem Heimatland Frankreich befördert. Er habe, so hieß es, kommunistische Studenten mit Geld unterstützt. . .

Im sichtlichen Bemühen, die Dinge nicht zum Äußersten kommen zu lassen, begnügte sich der Vatikan mit einem Protest und ernannte den Weihbischof der Hauptstadt, Msgr. Remy Augustin, den ersten aus Haiti stammenden Bischof, zum Administrator der zeitweilig ihres Oberhirten beraubten Erzdiözese.

Nun ist auch Msgr. Augustin am 9. Januar 1961 nachts verhaftet und am folgenden Tag im Flugzeug außer Landes geschafft worden. Mit ihm wurden noch vier französische Priester, darunter der Generalvikar der Erzdiözese, ausgewiesen. Die Regierung behauptet, der Weihbischof habe bei einer Reise nach Venezuela und Argentinien mit exilierten Haitianern gesprochen, gegen das Regime konspiriert und sich dadurch gegen das Konkordat vergangen. Dazu erklärt Msgr. Augustin in New York, wo er Asyl gefunden hat, er habe lediglich seine Pflicht als Bischof getan und sich nicht in politische Angelegenheiten gemischt. Zugleich wird gegen die französischen Priester die Beschuldigung erhoben, sie betrieben politische Intrigen und hielten das Volk in religiöser Versklavung und geistigem Kolonialismus. — Am 10. Januar wurde schließlich auch „La Phalange“, die einzige katholische Tageszeitung des Landes, geschlossen.

Der Heilige Stuhl hat daraufhin durch Dekret der Konsistorialkongregation vom 14. Januar erklären lassen, daß alle, die an der Ausweisung der Bischöfe mitgewirkt haben, gemäß den Bestimmungen des kanonischen Rechts der Exkommunikation „*latae sententiae*“ verfallen seien, d. h. die vom Gesetz angedrohte Strafe ohne weiteres verwirkt hätten. Der Präsident der Republik wird nicht ausdrücklich genannt, ist aber als Hauptschuldiger und Letztverantwortlicher ohne Frage mitbetroffen. Eine ähnliche Maßnahme ist seinerzeit anlässlich der Vertreibung zweier argentinischer Prälaten unter Perón 1956 erfolgt.

Es ist nicht leicht, die Hintergründe der Krise klar zu erkennen. Wie es scheint, liegt den Ereignissen ein Schul-

konflikt zugrunde. Präsident Duvalier (seit 1957, mit sechsjähriger Amtszeit) versucht offenbar, die Staatsuniversität und das höhere Schulwesen, das bisher zum größten Teil von Ordensleuten getragen wird, in Staatshände hinüberzuspielen. Das hat zunächst zur Schließung der Universität und dann zu Studenten- und Schülerstreiks geführt, in lateinamerikanischen Ländern immer ein ernstes Alarmsignal für die Regierung. Die große Masse der zu 80% aus Analphabeten bestehenden schwarzen Bevölkerung ist an dem Konflikt an sich unbetieilt, wengleich zu vermuten ist, daß der Präsident sich der Zustimmung der Masse sicher genug fühlt, um sein Programm gegen die schmale Schicht der Mulatten und Intellektuellen durchzusetzen. In die Glut der ursprünglich aus lokalen Gründen entstandenen Opposition blasen jedoch zweifelsohne sowohl Castro-Anhänger wie Kommunisten, so daß es in dieser Verwirrung der Regierung jedenfalls leicht gemacht wurde, alte Rechnungen zu begleichen und ihre kirchlichen Gegner zu kompromittieren. Vielleicht ist auch das soziale Unbehagen wegen der schlechten Kaffee-Ernte des letzten Jahres und die latenten Spannungen mit der östlich angrenzenden Dominikanischen Republik für die Regierung ein Anlaß zu gegen die Kirche gerichteten Ablenkungsmanövern. Trotz dem Exkommunikationsdekret dauern die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Regierung von Haiti einstweilen fort, so daß die Möglichkeit besteht, die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen. Die Wiederkehr des religiösen Friedens ist für die durch den bisher unausrottbaren animistischen Kult des „Wodu“, durch Sektenpropaganda, soziales Elend und kulturelle Not sowie durch den Priestermangel geschwächte katholische Christenheit der Republik dringend zu wünschen: bei einer Gesamtbevölkerung von annähernd 3 500 000 Einwohnern verfügen die 2 700 000 Katholiken nur über 464 Priester, im Durchschnitt also über einen Priester für je 5 800 Gläubige.

Wie KNA (7. 2. 61) mitteilt, mußte am 6. 2. wiederum ein Bischof Haiti verlassen. Die Ausweisungsorder traf am 3. 2. den Bischof von Les Gonaives, P. S. J. M. Robert. Bischof Robert ist gebürtiger Franzose. Dem Ausweisungsbefehl ging am gleichen Tag ein Zwischenfall voraus, bei dem etwa 50 Demonstranten ins bischöfliche Haus eindrangen und dort ein Lebensmittel- und Schulmateriallager der Caritas verwüsteten.

Eine neue Form ökumenischer Zusammenarbeit

In vielen Überlegungen und Gesprächen über die Wiedervereinigung der Christenheit kehrt der Gedanke wieder, daß die Kirchen, solange die dogmatischen Gegensätze die Wiederherstellung der vollen Einheit verbieten, wenigstens in der Verteidigung des gemeinsamen christlichen Erbes gegenüber den Mächten der Zeit und in seiner Verwirklichung im gesellschaftlichen Leben zusammengehen sollten, um dadurch in aller Öffentlichkeit ein gemeinsames Zeugnis für Christus abzulegen. Wie oft hat auch Papst Pius XII. an eine solche sichtbare Zusammenarbeit appelliert! Aber selbst diese Form einer öffentlichen Zusammenarbeit scheint noch so vielen Schwierigkeiten zu begegnen, daß man nicht sehr viel davon merkt. Zwar arbeiten die Vertreter der Kirchen auf vielen Gebieten zusammen oder in engem Kontakt miteinander, so in der Caritas aller Zweige, im Kulturleben, in manchen gesellschaftspolitischen Aktionen, neuer-

dings auch in den Akademien. Aber diese Kontakte bleiben in der Regel im verborgenen, und deswegen fehlt ihnen das so wichtige gemeinsame Zeugnis vor aller Welt. Aus diesem Grunde ist es der Beachtung wert, daß zweimal im Abstand von vierzehn Tagen der Erzbischof von Sydney, Kardinal Gilroy, der anglikanische Erzbischof derselben Stadt, Hugh Gough, und der Präsident des Rates der Kirchen von New South Wales, Dr. E. H. Watson, für die evangelischen Kirchen, mit einem gemeinsamen Hirtenwort vor die Öffentlichkeit Australiens getreten sind. Diese Gemeinsamkeit hat einen überaus starken Eindruck gemacht. Beim erstenmal handelte es sich um eine gemeinsame Weihnachtsbotschaft rein geistlichen Inhaltes, die den Offenbarungscharakter der Menschwerdung Christi darlegte. Beim zweitenmal verkündigten die Oberhirten der christlichen Gemeinschaften gemeinsam die Botschaft des Evangeliums gegenüber den Erscheinungen unserer Zeit, gegenüber „dem Babylon der tausend Stimmen, die still oder laut die Existenz Gottes und die Gültigkeit seiner Gebote leugnen“. Sie setzten sich auseinander mit den Werten von heute, dem Wohlstand, der Macht, dem Prestige und dem Genuß, und zeigten das Verbindende zwischen den auch heute geschätzten Idealen der Kameradschaft und Hilfsbereitschaft und christlicher Vollkommenheit.

Aus den Missionen

Um nachhaltige Förderung von Missionsberufen unter den Gläubigen. Missionsgebets- meinung für April 1961

Die Maßnahmen der Kirchenleitung zur beschleunigten Einrichtung der ordentlichen Hierarchie in Asien und Afrika — am 3. Januar 1961 waren von den 731 der Propagandakongregation unterstellten Missionssprengeln nur noch 260 im Auftrag des Papstes direkt verwaltete Apostolische Vikariate, Präfekturen oder selbständige „Missionen“ —, die Ernennung asiatischer und afrikanischer Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe, die stetig, wenn auch langsam ansteigende Zahl der einheimischen Hilfskräfte (Priester, Ordensfrauen, Brüder): alles dies könnte im Bewußtsein unserer Katholiken in den westlichen Ländern den Gesamteindruck erwecken, als ob die Missionshilfe der altchristlichen Kirchen einer wachsenden Entlastung entgegensehe. Eine solche Zuversicht wäre aber nur gerechtfertigt, wenn die jungen Kirchen in absehbarer Zeit ohne die personelle und materielle Hilfe der westlichen Welt sich innerlich entfalten und auch nach außen ausbreiten könnten. Dies ist aber so wenig der Fall, daß Rom die Christenheit unablässig bittet, gerade in dieser für die Zukunft der Missionen so entscheidenden Zeit die ausländische Hilfe nicht zu vermindern, sondern zu verstärken.

Zweifellos sind die jetzt sich häufenden tiefgreifenden Änderungen in der kirchlichen Struktur der Missionsgebiete der eigentliche Ansatzpunkt für eine Selbstbeteiligung der jungen Kirchen an der Weltmission im Rahmen der Gesamtkirche, aber vorläufig nicht mehr als dies. Alle diese Kirchen haben weder das entscheidende Problem ihrer Anpassung an die Eigenkulturen ihrer Länder bewältigt, noch sind sie ohne fremde Hilfe in der Lage, ihre Seelsorge entsprechend den Forderungen der neuen Zeit zu gestalten und die Auseinandersetzung mit den einströmenden modernen Weltanschauungen achristlicher oder antichristlicher Art erfolgreich zu führen. Vor allem

fehlt es ihnen an einer breiten Schicht gebildeter Laienapostel, die imstande sind, den Aufbau der neuen Staats- und Sozialordnungen christlich zu beeinflussen. Wenn ganze Länder jetzt nacheinander eine einheimische Hierarchie mit einheimischen Erzbischöfen und Bischöfen erhalten, so dürfen wir uns dadurch nicht zu einer falschen Optik der missionarischen Wirklichkeiten verleiten lassen. Es handelt sich bei unseren Heidenmissionen zunächst nur um 30—40 Millionen Katholiken, die in ganz ungleicher Verteilungsdichte über die halbe Welt hin leben und die heute zum großen Teil in schwere Selbstbehauptungskämpfe verwickelt sind, die den stärkeren Zuwachs von Bekehrungen in Asien schon abgestoppt haben und in Afrika wahrscheinlich (siehe Kongo!) auch bald abstoppen werden. Wenn die Christenzahl in den sog. Missionsgebieten während der letzten Jahrzehnte um viele Millionen anwuchs, so darf dabei auch nicht der außerordentlich große Bevölkerungszuwachs in der farbigen Welt übersehen werden, an dem die katholischen Gemeinden Anteil hatten. In dem Augenblick, wo der große Konvertitenzustrom aufhört oder die Kirche in Verfolgungen gerät, wird sich ganz klar zeigen, daß die Missionskirche prozentual durch das Wachstum der nichtchristlichen Bevölkerung überflügelt wird.

Es ist gerade in der Agenzia Fides (18. 1. 1960) eine Gesamtstatistik der Katholiken in den der Propaganda Fide unterstellten Missionen nach dem Stand vom 30. Juni 1959 erschienen. Bei Wertung der Zahlen beachte man wohl, daß China, Nordkorea und Nordvietnam in die Berechnung nicht eingeschlossen sind, weil über diese Gebiete seit langem keine zuverlässige Statistik mehr geführt werden kann. Bei einer Bevölkerung von 804 820 000 Seelen zählt man in dem von der Statistik erfaßten Bereich nur 9706 142 Katholiken und immerhin 542 554 Katechumenen. Die Katholiken bilden also hier nur 1,2 Prozent der Gesamtbevölkerung. Macht man nun den Versuch, die oben ausgeklammerten kommunistischen Länder, deren Kirchen ebenfalls der Propaganda Fide unterstehen, der Berechnung anzugliedern, und schätzt man für diese Länder ganz grob 570 Millionen Einwohner und — sehr optimistisch — 2,5 Millionen Angehörige der Kirche des Schweigens, so wären in den der Kongregation der Glaubensverbreitung unterstehenden Bereichen Asiens von fast 1,5 Milliarden Menschen nur 12,2 Millionen = 0,83 Prozent katholisch. Was immer man von den Kirchen Asiens erwartet: jedermann sieht, daß sie das Missionswerk auch in Zukunft nicht wirksam ohne die Hilfe der altchristlichen Kirchen fortführen können.

Für Afrika hat die Enzyklika *Fidei Donum* die Notwendigkeit der ausländischen Hilfe so eindringlich dargestellt (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 474 bis 480), daß hier darauf nicht zurückgekommen zu werden braucht. Wenn allerdings Asien und Afrika sich vollständig den westlichen Missionaren verschlossen, dann ständen die jungen Kirchen dieser Erdteile vor ungeheuren Aufgaben. Die Zahl nichtwestlicher Missionare, die heute diesen Kirchen zur Verfügung gestellt werden könnten — es kämen hier vor allem die Philippinen und Angehörige der nichtweißen Gruppen Nord- und Lateinamerikas in Frage —, ist zu gering, um ins Gewicht zu fallen. Zudem beginnen sich die Philippinen erst langsam auf ihre Missionspflicht zu besinnen, während die Kirche Lateinamerikas mit der eigenen Rettung beschäftigt ist und heute der organisierten Hilfe der Christenheit Europas und Nordamerikas dringend bedarf. Sie wird ihr

sogar in dem Maße gegeben, daß durch die kommunistische Verfolgung freigewordene Missionskräfte Asiens sich zu einem kleineren Teil der religiösen Rettungsarbeit in diesem Erdteil zuwandten, statt irgendwo in Asien ihr Werk fortzusetzen. Man kann ihnen deshalb keinen Vorwurf machen, weil die vielfach durch Einreisebeschränkungen gehemmt großen Asienmissionen im Augenblick der Chinakatastrophe nicht in der Lage waren, alle dort freierwerbenden Kräfte anzusetzen.

Es wäre allerdings eine falsche Missionsstrategie, würde man wegen der sich versteifenden Missionslage in Asien und Afrika nun diese Erdteile vorübergehend als eine Art von „Nebenkriegsschauplätzen“ der Weltmission betrachten, um alle Kraft auf die religiöse Hilfe für Lateinamerika zu konzentrieren. Abgesehen davon, daß wir nicht wissen, ob diese Erneuerungsarbeit an einem ganzen Drittel der Katholiken der Welt in naher Zukunft ungestört vonstatten gehen kann und ob ausländische Missionskräfte, gegen die schon der dort wachsende Kommunismus hetzt, noch überall unbeschränkt eingesetzt werden können, ist der bestimmende Faktor der Weltgeschichte in naher Zukunft der afro-asiatische Raum, vor allem Asien, um dessen Seele zu ringen die Kirche keinen Augenblick nachlassen kann. Daß es zu einer allgemeinen Behinderung westlicher Missionare in Asien und Afrika kommen wird, wäre nur dann zu erwarten, wenn Asien und Afrika gänzlich kommunistisch würden. Bei der nicht mehr rückgängig zu machenden Abhängigkeit der Völker voneinander in der zusammenwachsenden Welt bedeutet dies zugleich, daß auch die westliche Welt und damit die Kirche im Westen in Ketten gelegt würde. In einer solchen Perspektive an der Ausbreitung des Christentums zu arbeiten, hieße von vorneherein, an den gesunden Kräften der Menschheit verzweifeln und damit die Missionsinitiative tödlich lähmen. Mehr noch: es wäre ein Verzicht auf den Glauben an die Weltendung der Kirche, an die sieghafte Kraft des Christentums, an die Macht der Gnade. Ohne einen übernatürlich begründeten Optimismus wäre auch in der Vergangenheit Mission unmöglich gewesen. Man denke nur an die Zeit vor etwa 130 Jahren, als nach der Periode eines eisigen Rationalismus und den Erschütterungen der Französischen Revolution, die sich über ganz Europa und darüber hinaus bemerkbar machten, die Weltmission der Kirche auf einem Trümmerfeld zerstörter Hoffnungen gleichsam neu beginnen mußte.

Heute ist nun die ganze Welt Schauplatz eines gigantischen Kampfes der Weltanschauungen geworden. Die geistige Rüstung der Kirche zur Erfüllung ihrer Weltaufgabe ist ungleich größer als am Beginn des 19. Jahrhunderts, wie ernst man auch die Entchristlichung Europas werten mag. Die Missionsarbeit vollzieht sich nun im Gegensatz zu damals schon in einer zusammengewachsenen Welt und steht deshalb Tag für Tag in dieser globalen Auseinandersetzung. Sie muß damit rechnen, daß sie im Hinundherwogen des Kampfes Länder verliert, aber auch Länder gewinnt. Alle Tore schließen sich nicht zugleich, und es tun sich dauernd auch neue auf. Die Missionare werden nie arbeitslos werden. Es leben mitten in dem geistigen Weltringen von heute noch weit über eine Milliarde Menschen, an die die christliche Botschaft herangetragen werden kann und muß. Deshalb bezeichnete es der Kardinalpräfekt der Propaganda in einer Rede vor der Fordham-Universität zu New York im Sommer 1960 als unerfindlich, warum selbst in katholischen Blättern die Errichtung der Hierarchie in den Missionsländern

dahin kommentiert wurde, daß die Missionsära der Kirche nun zu Ende gehe. Ganz im Einklang mit der letzten Missionszyklika erklärte dann Kardinal Agagianian: „Wie nie zuvor bedürfen wir heute der Missionspriester, Ordensmissionare und Laienhelfer.“

Die neuen Erfordernisse bei der Förderung von Missionsberufen

Wenn auch die Missionslage ergibt, daß diese vielen Missionare noch für lange Zeit vorwiegend aus der westlichen Welt kommen müssen, so sollte man doch schon jetzt auch in den jungen Missionskirchen mit aller Kraft die Entwicklung von Missionsberufen fördern, d. h. hier von Missionaren, die außerhalb ihres eigenen Landes und Kulturbereichs sich an der Weltmission beteiligen, mögen es jeweils zunächst auch nur wenige sein. Die Bischöfe von Nigeria haben im Vorjahr in einem Kollektiv-Hirten schreiben eigens darauf hingewiesen, es sollten wenigstens einige Berufe speziell zur Verbreitung des Glaubens außerhalb Afrikas vorbereitet werden. Zwischenstufen für die Beteiligung der jungen Kirche an der universalen Missionsaufgabe gibt es genug in fast allen Ländern Asiens und Afrikas, da die einheimischen Apostolatskräfte, wenn sie schrittweise die fremden Glaubensboten beiderlei Geschlechts ablösen, gezwungen sind, auch unter Menschen anderer Sprachen und Kulturen zu arbeiten. In Europa beginnt man heute erst damit, sich Rechenschaft über die verwirrende Mannigfaltigkeit der Völker, Sprachen und Kulturen zu geben, die in den afrikanischen Ländern gefunden werden, die bisher von europäischen Mächten als eine politische und verwaltungsmäßige Einheit regiert wurden. In den sog. Regionalseminaren zur Heranbildung von Priestern begegnen sich fast stets viele dieser Kulturen. Es findet hier nicht nur ein geistiger Angleichungsprozeß statt. Diese Seminare erziehen die jungen Menschen allein durch die völkische Zusammensetzung, ihr Denken über die Stammesgrenzen hinaus zu weiten. Dies bedeutet aber eine außerordentliche Hilfe zur Erfüllung der Aufgabe, ihren Blick allmählich universal-kirchlich zu orientieren. Eine weitere Hilfe bedeutet der intensive Kontakt mit der Gesamtkirche. Es genügt hier nicht die Fühlungnahme der jungen Kirchen mit einer westlichen Teilkirche. Bei der Analyse der kirchlichen Lage im Kongo hat man festgestellt, daß die dortigen Katholiken, durch die Verhältnisse dazu verführt, sich allzu einseitig auf die Kirche Belgiens eingestellt hatten, die in engster Verbindung mit der Kolonialmacht die überwältigende Mehrheit der Missionare stellte. Sie sahen die katholische Kirche mehr als eine statische denn eine dynamische Größe von Weltformat. Die riesige Ausdehnung des Gebietes, das in sich weitgehend von äußeren Einflüssen abgesperrt wurde, begünstigte diese Entwicklung außerordentlich. In allen Missionsländern ist heute das große Problem, wie man den Katholiken den erobernden, apostolisch-missionarischen Geist vermitteln kann. Die Geschichte der Kirchengründungen im Kolonialzeitalter kann hier manche Fehlentwicklung erklären: die hemmenden Einflüsse der Kolonialregierungen, die mangelnde Akkommodation usw. Ein Blick auf die unierten und nichtunierten Kirchen des Nahen Ostens und Indiens zeigt indes, daß hier noch andere Faktoren mitspielten: die Umklammerung durch den Islam im Vorderen Orient, das Kastensystem, die Ritenpolitik der lateinischen Kirche gegenüber den Orientalen — in neuester Zeit die Ver-

folgungen durch den Kommunismus und der Druck einheimischer nationalistischer Kräfte, die so manche junge Kirche zur Verteidigung gegenüber lebensbedrohenden Kräften zwingen.

Die theologische Bildung in den Priesterseminarien der Missionen läßt auf dem Gebiete der Vermittlung eines missionarischen Geistes oft ebenfalls Wünsche offen. Dies erscheint weniger verwunderlich, wenn man daran erinnert, daß zum Unterricht in den Seminarien noch meist westliche Lehrbücher benutzt werden. Die Erfahrung im Westen hat gezeigt, daß man den dogmatischen Universalismus der Kirche in den Priestervorbildungsanstalten lehren kann, ohne die tiefsten praktischen Folgerungen daraus zu ziehen und dabei auch dem Missionsgedanken mit allen seinen Forderungen, Problemen, Verwirklichungen den entsprechenden Raum zu geben. Es ist das große Verdienst der Missionswissenschaft und des Priestermissionsbundes, hier auf eine Neuausrichtung des Unterrichts gedrängt zu haben. Die für die Priesterbildung in der Heimat zuständigen römischen Kongregationen wünschen seit ein paar Jahrzehnten eine ausreichende Unterweisung der Theologiestudierenden in missionswissenschaftlichen Fragen. Findet diese Unterweisung dann in den Lehrbüchern der Dogmatik, der Moral, des Kirchenrechts, der Pastoraltheologie, der Kirchengeschichte ihren Niederschlag, so werden auch die Missionen daraus Nutzen ziehen, sei es daß sie die gleichen Lehrbücher benutzen, sei es daß die Versuche gelingen, mit Hilfe der abendländischen Vorlagen neue, der Eigenart großer Kulturen angepaßte Lehrbücher zu schreiben. Der Nutzen wird um so größer sein, als die Enzyklika *Princeps Pastorum* für alle katholischen Missionsseminarien ausdrücklich Lehrgänge über die verschiedenen Zweige der Missionswissenschaft vorschreibt. Wenn nichts den universalkirchlichen Geist so sehr stärkt als die Beschäftigung mit den großen Fragen der Ausbreitung der Kirche, dann dürfen wir hoffen, daß auch der örtliche Klerus in den Missionen von diesem Geiste tiefer durchdrungen wird, ihn in der Predigt und Katechese weiterträgt und so auch zur Weckung von echten Missionsberufen in den jungen Kirchen beiträgt. Auch eine vorläufig kleine Schar von Missionaren und Missionsschwestern aus der farbigen Welt könnte dem Apostolat in manchen Gebieten den Weg bahnen, in denen heute eine bloß aus Weißen zusammengesetzte Missionsgruppe höchstens Mißtrauen erweckt, wenn nämlich einzelne dieser Kräfte in aus Weißen und Farbigen gebildeten Pioniergruppen sich betätigten. Die internationalen großen Orden gehen zum Teil schon diesen Weg. Vielleicht ist dies auch die Form, in der nach Abklingen der Rassengegensätze, die das Ende der Kolonialära kennzeichnen, allgemein missioniert werden muß. Zugleich würde damit auch der übernationale Charakter der christlichen Botschaft aufs eindrucksvollste bekundet.

Die westlichen Missionare in den bestehenden jungen Kirchen der farbigen Welt treten jetzt sehr schnell unter die Apostolatsverantwortung örtlicher Bischöfe und örtlicher Priester. Die Ausübung ihres Berufs erfordert in der spannungsgeladenen Atmosphäre der Evolution ein besonders hohes Maß von Takt, Geduld, psychologischer Einfühlung, absoluter Dienstbereitschaft. Nicht nur die Heranbildung der zukünftigen Missionare muß auf die Erziehung zu Tugenden gerichtet sein, die dieser Situation entsprechen. Auch die Werbung für den Missionsberuf darf, wenn sie wahr und echt sein soll, den in Afrika und Asien wirkenden westlichen Missionar nicht in der roman-

tischen Sicht darstellen, in der ihn früher das katholische Volk sah. In einer an die Jugend gerichteten Sondernummer „Appell“ der holländischen Zeitschrift „De Katholieke Missien“ (Oktober 1960) berührte P. Piet Tiet SVD in mutiger Weise diesen Fragenkreis. Der Artikel trug den bezeichnenden Titel „baardenaf“ (Die Bärte sind gefallen). Mit aller falschen Missionsromantik aufräumend, zeigt der Verfasser, selbst Missionar in einem afrikanischen Entwicklungsland, die schwierige seelische Lage, in der sich der westliche Missionar befindet. Er ist nicht mehr der große Mann, der Held von einst, der Pionier, der unter gewaltigen physischen Anstrengungen Zivilisationsarbeit leistet, allen Gefahren der Natur trotz und mit der Kraft einer autoritären Persönlichkeit (äußeres Zeichen der Bart!) der menschlichen Umwelt den Stempel seines überlegenen Geistes und Willens aufprägt. Heute ist er von seinem Piedestal heruntergestoßen. Als Fremder lebt er unter den Bürgern der neuen Gemeinschaften, die in allem selbst bestimmen wollen, deren Diener er in allem sein soll, deren — psychologisch begriffliches — übersteigertes Selbstbewußtsein ihm oft „auf die Nerven geht“. Er muß sich damit bescheiden, in das neue Werden geduldig und entsagend den christlichen Samen einzustreuen, um die Ernte anderen zu überlassen. Die psychischen Spannungen machen ihn viel früher urlaubsreif als den Pioniermissionar von einst, der seine Persönlichkeit und seine eigene Art ungehemmt entfalten konnte. „Darum wird der Mangel an Missionaren heute viel peinlicher empfunden als früher.“ In einer rechten Krisenstimmung greift er schließlich zum alten, verrosteten Missionskreuz in seinem Koffer. Es gibt ihm Klarheit: Am Kreuze hängt der göttliche Sämann, ein „Fremder“, der Liebe säte, die alles überwindet, und der will, daß sein Gesandter, der Missionar, eben dieses entsagungsvolle Werk fortsetze. In neuem, schönstem Licht erscheint dem Missionar nun sein Beruf, der menschlich so Schweres von ihm verlangt, und er sagt sich, daß er, wenn er es noch einmal zu tun hätte, seine Vorbildung ganz auf die Entwicklung seines Menschseins zum „Vollalter Christi“ ausrichten würde. Dieses Idealbild des Missionars erscheint ihm echter, weil christusförmiger und damit missionarischer.

Wie kann man nun eine Jugend, die zweifellos dem „Missionar mit dem Bart“ ihre natürliche Sympathie zuwendet, für den „Missionar ohne Bart“ begeistern, sie, deren vitaler Lebensdrang sich auf die Betätigung anderer Tugenden richtet, als sie vom derzeitigen Missionar gefordert werden? Unsere katholischen Jugendbildner müssen sich mit der Frage auseinandersetzen. Es scheint, daß die Liebe zu diesem Berufsideal nur auf dem Boden eines wirklich universalkirchlichen Denkens und einer tiefen Erfassung des Wesens des Missionsvorgangs erwachsen kann. Das universalkirchliche Denken ist bei der Elite katholischer Jugend in stetem Wachstum begriffen. Ob gewisse romantische Vorstellungen über den Missionsberuf in der gleichen Jugend im selben Tempo abgebaut wurden, ist eine offene Frage. Auf jeden Fall müssen die Grundgedanken über das Wesen des Missionsvorgangs, die in den vier Jahrhunderten der europäischen Expansion nach Übersee verwischt oder vernebelt wurden, in aller Klarheit unter das christliche Volk und besonders unter die Jugend gebracht werden. Diese Grundgedanken sind in den fünf Missionszyklen, die seit 1919 erschienen, in aller Deutlichkeit herausgearbeitet worden. Man hört selten, daß sie zum Gegenstand von Erörterungen in

Jugendstunden und Katechesen gemacht werden. Die Missionswissenschaft hat die hier behandelten Fragen vertieft, und die jetzt auch in deutscher Übersetzung im Verlag Friedrich Pustet, Regensburg, erschienene neue Missionsgeschichte des Nimwegener Professors Dr. Alphons Mulders kann mit großem Nutzen herangezogen werden, um ein geschichtliches Begreifen der Missionsprobleme von heute zu erleichtern. Wenn unsere katholische Jugend die Missionstätigkeit unter den Völkern als einen jeweils vorübergehenden Zustand in einem großen übernatürlich-natürlichen Werdeprozeß und die Stellung des Missionars in diesem Prozeß erkannt hat, wird sie sich durchaus für die Aufgabe begeistern können, Sämann göttlichen Samens in die Völker und Kulturen zu sein. Im übrigen bedarf das Bild, das Piet Tiet vom Missionar unserer Zeit entwarf, einer gewissen Ergänzung, die es dem Aktivismus der Jugend näher führt. Immer mehr entwickelt sich in dieser Übergangsperiode die Tätigkeit des westlichen Missionars in den jungen Kirchen zur Ausübung eines Spezialistentums auf Gebieten, in denen die örtlichen Kräfte ihre eigene derzeitige fachliche Unzuständigkeit freimütig erklären, angefangen von einer christlich inspirierten „Entwicklungshilfe“ bis zum Aufbau moderner Caritas-, Sozial- und Seelsorgseinrichtungen bzw. wissenschaftlicher Institute. Ein Blick auf das Missionsfeld von heute zeigt, wie sehr diese Arbeit von den örtlichen Kirchen geschätzt wird, wenn sie mit Takt und psychologischem Verstehen geleistet wird. Um diesen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, fördern die Missionsinstitute heute bei ihren jugendlichen Mitgliedern schon frühzeitig entsprechende Begabung und Neigung zu bestimmten Spezialisierungen. Es werden hier in gleicher Weise wissenschaftliche und praktische Tätigkeiten ins Auge gefaßt, so daß jeder nach Anlage, Neigung, eventuell vorherufiger Ausbildung Verwendung finden kann.

Einige aktuelle Fragen

Über die allgemeinen Gesichtspunkte zur Frage der Förderung der Missionsberufe ist schon im Vorjahr bei Erläuterung der Gebetsmeinung für August 1960 (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 435—439) gehandelt worden. Es sei hier indes auf einige Probleme hingewiesen, die eine gewisse Aktualität für sich beanspruchen können.

Seit dem Aufruf der Enzyklika *Fidei Donum* an die Diözesen der altchristlichen Welt, den Missionsgebieten zur Erfüllung bestimmter Aufgaben auf begrenzte Zeit Priester der eigenen Diözesen zur Verfügung zu stellen, tritt die Frage der Hergabe von heimatlichen Priestern, die echten Missionsberuf haben, zu dauernder Tätigkeit im Missionswerk stark in den Hintergrund. Und doch wünscht die Kirche, daß jüngere Priester, die wahren Beruf zum Missionsapostolat in sich fühlen, dieser Berufung folgen. Sie haben Recht und Pflicht dazu. Vier Missionsenzykliken haben in dieser Sache den Bischöfen unserer Diözesen klare Normen gegeben. *Maximum illud* (1919) fordert, daß Missionsberufe unter dem Klerus zu fördern seien; *Rerum Ecclesiae* (1926) sagt, man dürfe unter keinen Umständen solche Neigungen und Wünsche hindern; *Fidei Donum* (1957) schreibt, Missionsberufe im Klerus seien in jeder Weise zu wecken; *Princeps Pastorum* schließlich sagt: „Wenn auch die Oberhirten der ältesten Diözesen durch Priestermangel beunruhigt sind, so mögen sie doch jene fördern und in ihrem Vorhaben bestärken, die die göttliche Berufung zum Missionar verspüren... Für diesen

Verlust, den sie für die Sache Gottes erleiden, werden recht bald himmlische Geschenke kommen.“ Auch für die Priestervorbildungsanstalten unserer Diözesen gilt die Forderung, daß man Missionsberufe nicht an der Erreichung ihres Zieles hindern, sie vielmehr fördern soll — selbst wenn ein großes Priesterseminar heute eine ganze Flucht nicht besetzter Zimmer aufweisen sollte. Wenn die Kongregation für die Seminarien und Universitäten seit 1932 dem Priestermissionsbund zur missionswissenschaftlichen Schulung der Alumnen die Tore der Priestervorbildungsanstalten öffnete, so tat sie dies gewiß in erster Linie, um dem zukünftigen Priester der Heimat eine universalkirchliche Blickweite zu ermöglichen und ihn auch hinsichtlich der Erfüllung seiner Pflichten in der Förderung der Missionsbewegung pastoraltheologisch zu schulen, aber sie war sich wohl bewußt, daß die Beschäftigung der Seminaristen mit der Missionsfrage auch zur Weckung von Missionsberufen führen könnte, und sie hat sich hier entschlossen die Gedankengänge Benedikts XV. und Pius' XI. zu eigen gemacht, daß der Verlust solcher junger Menschen für die Heimatseelsorge im Endergebnis für die Weckung von neuen Priesterberufen der Heimat einen Gewinn darstellt.

Eine ähnliche Erscheinung, wie wir sie in unseren altchristlichen Diözesen in Form einer Blickverschiebung vom Ganzheitsopfer des Weltpriesters zum befristeten Einsatz für die Missionen erleben, zeigt sich auch in der Frage der Laienberufe. Auch hier ist die zeitlich begrenzte Hilfe von qualifizierten Kräften notwendig und von der Enzyklika *Fidei Donum* anerkannt, gelobt und als absolut förderungswürdig erklärt worden. Dementsprechend bemüht man sich allenthalben, diese Hilfe zu organisieren und die Freiwilligen sachgemäß zu schulen. Die Aufgaben der Entwicklungshilfe stehen dabei im Vordergrund, sind aber nur ein Teilgebiet des großen Bereiches, in dem die zeitlich befristete Mitarbeit der Laien am Aufbau der jungen Kirchen erwünscht ist. Die Laienhilfe für die Missionen als Lebensberuf tritt dagegen zur Zeit etwas in den Hintergrund, obwohl sie als das große Ideal eines missionarisch begeisterten Laientums gepriesen wurde. Praktisch kann sie nur in Gesellschaftsformen mit entsprechenden religiösen Bindungen erfolgen. Wir haben eine kleine Zahl von Frauen-Gemeinschaften dieser Art, die sich wohlgerne nicht als Säkularinstitute, sondern als Zusammenschlüsse von Welt-Laien organisiert haben. Einzelne davon, wie die Internationalen Katholischen Missionshelferinnen, entwickeln sich prächtig und sind eine wirksame Hilfe für die Missionskirche. Diese Gemeinschaften sammeln eine Elite und formen sie entsprechend. Sie sollten noch viel mehr Berufe anziehen. Männliche Berufe solcher Art sind selten. Sie neigen, wenn sie ehelos bleiben wollen, zu der Bindungsform der Säkularinstitute hin. Eine Weihe ganzer Familien an das Missionswerk auf Lebenszeit ist nicht praktikabel. Hier ist die befristete Bindung vorzuziehen. Tatsächlich häufen sich die Fälle, in denen auch Familien im Rahmen von Gesellschaften zur Aussendung von Laien in die Missionsländer gehen, um dort für eine Reihe von Jahren mit der Mission zu arbeiten. Ein solcher befristeter Einsatz schließt natürlich nicht aus, daß der Vertrag verlängert wird und daß schließlich daraus praktisch ein Lebensberuf der Familienhäupter wird.

Die Frage der Mehrung der weiblichen Missionsordensberufe ist im Vorjahr in der Herder-Korrespondenz (14. Jhg., S. 435 ff.) eingehend behandelt worden. Ein Beweis dafür, daß die missionierenden Frauengenossenschaften

vom Rückgang der weiblichen Ordensberufe weniger oder gar nicht getroffen werden, besonders wenn sie internationalen Charakter tragen, ist eine Statistik der Steyler Missionsschwester (Steyler Missionschronik 1960/61, S. 204). Von 1900 bis 1960 ist die Mitgliederzahl der Gesellschaft von Jahrzehnt zu Jahrzehnt stark gestiegen. Betrug die Zahl der Professen im Jahre 1900 93, so im Jahre 1960 4023. Austritte nach der Profess sind selten. Wie uns geschrieben wurde, sind die Schwestern jeder lauten Berufswerbung abhold. Sie gewinnen ihren Nachwuchs weitgehend aus den Reihen jener jungen Mädchen, die irgendwie mit dem Leben, dem Geist und der persönlichen Haltung der Mitglieder in Berührung kamen. Die Schwestern erhalten eine sehr gute religiöse Bildung und reifen so zu guter religiöser Selbständigkeit. Um Mitglieder zu gewinnen, bedarf es also nicht unbedingt der Werbemethoden amerikanischer Genossenschaften, über die P. Adelhard Kaspar OSB in „Erbe und Auftrag“ (Nr. 6, 1960) ein im ganzen sehr günstiges Urteil abgab, während Fulton J. Sheen (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 439) sie einer strengen Kritik unterzog, weil sie sich weltlicher Lockmittel bedienten und die Herbheit der Kreuzesnachfolge nicht in den Vordergrund stellten. P. Kaspar hebt hervor, daß fast alle Werbebilder amerikanischer Genossenschaften „die Ordensleute mit gelöstem Lächeln zeigen“. Man wird hier unwillkürlich an die Propagandateams der „Moralischen Aufrüstung“ erinnert.

Über den rapiden Rückgang der Brüderberufe und dessen mutmaßliche Ursachen hat die Herder-Korrespondenz im Jahre 1954 (8. Jhg., S. 224—226) einen ausführlichen Bericht gebracht. Bei einer Analyse neuester Statistiken scheint sich nun zu ergeben, daß die Lehrbrüderorden (die im deutschen Sprachbereich wenig in die Erscheinung treten) bisher von dem Rückgang am wenigsten betroffen sind. Ihre Mitgliederzahl wird mit rund 45 000 angegeben, von denen starke Gruppen in den Missionen wirken. Ihr Ansehen ist unerschüttert. Sie gewinnen auch in den Ländern der farbigen Welt allmählich guten Nachwuchs. In ihren Reihen befinden sich Tausende von Akademikern mit staatlichen Prüfungen für das höhere Schulwesen. Schwieriger ist die Nachwuchslage bei den Orden, die sich der Krankenpflege und Sozialberufen widmen. Der Beruf des Bruders in den Priestergemeinschaften hat in den letzten Jahrzehnten am meisten unter der Abwertung gelitten, die ihm seitens der katholischen öffentlichen Meinung zuteil wurde. Man ist nun versucht, an die Möglichkeit einer Wendung zu glauben, wenn man Berichte über ein Ansteigen der Brüderberufe in manchen Missionsländern, aber auch in der altchristlichen Welt liest. Interessant sind hier Mitteilungen seitens der Steyler Missionsgesellschaft, die bekanntlich der Ausbildung ihrer Brüder stets große Sorgfalt schenkte und die — was wenig bekannt ist — in den Jahren von 1889—1917 und 1923—1939 mehr Brüder als Patres zählte. Nach einer vom Missionsdienst SVD in Rom am 18. August 1960 veröffentlichten Statistik stieg die Zahl der Steyler Missionsbrüder in der Welt von 1947 bis 1959 zwar nur um 6,5 Prozent, die Zahl der Brüdernovizen aber um 182 Prozent. Die Zahl der Kandidaten, die nach Abschluß der Volksschule als Lehrlinge zu den Missionsbrüder-Meistern kommen, um später selbst Missionsbrüder zu werden, nahm sogar um 735 Prozent zu. Die größte Novizenzahl (62) weist Deutschland auf, es folgen USA, Holland und Indonesien. Bei den Brüdernkandidaten steht Indonesien mit 128 an der Spitze, knapp dahinter die USA, während Deutschland

mit 72 an dritter Stelle folgt. Die Steyler Genossenschaft zieht heute aus 34 Ländern ihren Brüdernachwuchs. Die nichteuropäischen Novizen machen bereits 47 Prozent der Gesamtzahl aus.

An dem Rückgang der Brüderberufe in ihren Reihen trugen manche Priesterkongregationen insofern auch selbst Mitverantwortung, als sie es nicht verstanden, das Problem zu lösen, einerseits dem allgemeinen Bildungsbedürfnis der Brüder entgegenzukommen, andererseits aber zu verhüten, daß die Brüder bei wachsender Bildung in ungesunder Weise nach dem Priestertum strebten und dadurch das innere Gleichgewicht in den Funktionen einer Priestergemeinschaft störten. Die Lösung des Problems wird jetzt immer mehr in der Richtung gesucht, daß man den Brüdern auf der Grundlage ihrer Begabung und Neigung eine volle Bildung gibt und sie dann entsprechend beschäftigt. Sie arbeiten dann in dem Beruf, den sie sonst auch in der Welt ergriffen hätten. Die dadurch erzielte Berufsbefriedigung im Orden, zusammen mit der gleichen sozialen Stellung aller Mitglieder der Ordensfamilie, hemmt das Entstehen von Ressentiments, die meist an der Wurzel des späteren ungestümen Drangs zum Priestertum stehen. Es braucht dabei nicht ausgeschlossen zu sein, daß man in besonders gelagerten Fällen Brüdern mit abgeschlossener Gymnasialbildung nachträglich den Weg zum Priestertum freigibt.

Der Generaloberer der Gesellschaft Jesu gab vor ein paar Jahren Richtlinien für eine zusätzliche Ausbildung der Brüder. Ein ganzer Studientag pro Woche wurde eingeführt, an dem die Brüder Vorlesungen über Kirchengeschichte, Fundamentaltheologie, Fragen der Dogmatik und Einführung in die Heilige Schrift erhalten. Der General schärfte den Oberen weiter ein, „den jüngeren Brüdern die kulturelle Bildung zu vermitteln, über die die besten Handwerker des Landes verfügen. Wenn sie dazu begabt sind, soll man sogar noch weiter gehen.“ Es wird ferner die Möglichkeit geboten, die Grundlagen dieser oder jener Fremdsprache, Maschinenschreiben und Stenographie zu erlernen. Schwierige Handwerke sollen die Jesuitenbrüder möglichst an Fachschulen erlernen. Nach Abschluß der zwei Noviziatsjahre werden die Brüder zwei bis drei Jahre auf die Fachausbildung verwenden, an die sich fünf Jahre Praxis anschließen.

Es wird heute in den Orden mehr denn je Wert darauf gelegt, die echte Gemeinschaft der Priester und Brüder auf der Ebene des Berufsstandes (des Ordenslebens) zu verwirklichen und die Stellung des Priesters in der Kommunität nur da herauszuheben, wo es das Amt des Priesters verlangt. Bei der Werbung wird deshalb betont, daß in der klösterlichen Gemeinschaft kein Unterschied zwischen beiden Gruppen gemacht wird. Die verschiedene Arbeit diene dem gleichen Ziel: der Verherrlichung Gottes. Das Experiment in einigen Benediktinerklöstern, unter Zurückgreifen auf die Urtradition des Ordens Laienmönche aufzunehmen, die den Priestern an Rang gleichgestellt sind, zielt ebenso in die gleiche Richtung wie die entsprechenden Ordnungen in einigen Klöstern beschaubarer Orden, die für Einheimische in den Missionen gegründet wurden.

F. Helbo SJ berichtete im „Bulletin de l'Union Missionnaire du Clergé“ (Brüssel, Oktober 1960) über Reformpläne, die heute gemeinsam von den belgischen Kongregationen unternommen werden, um die menschliche Situation des Bruders im Innern der Gemeinschaft zu verbessern und zu einer Lebensform zu kommen, in der der

Unterschied zwischen Priestern und Nichtpriestern, soweit das Kommunitätsleben in Frage kommt, nicht zu einer Art von Klassen-Abstufung führt.

Hinsichtlich der menschlichen Situation soll der junge Bruder nicht einfach mit irgendeinem Amt traditioneller Art (Pfortner, Koch, Sakristan usw.) betraut werden, vielmehr soll ihm nach Eignung, Fähigkeit und Neigung der Zugang zu jeder Funktion ermöglicht werden, die nicht das Priestertum verlangt (technische Funktionen, Verwaltungstätigkeit, Unterricht). Die menschliche Entfaltung wird der geistlichen Entfaltung und der Beharrlichkeit im Beruf zugute kommen. Zum Zwecke dieser Entwicklung sind zum Postulat nur Leute von wahrhaft menschlichem Wert zuzulassen. Technische Vorbildung vor dem Eintritt in den Orden (eventuell Diplom) ist dabei sehr erwünscht. Der Kandidat soll aber dann auch später sich in diesem früheren Beruf weiter betätigen können. In Durchführung dieser Richtlinien studieren schon eine Anzahl von Brüdern verschiedener Kongregationen an technischen Schulen und Universitäten. Es handelt sich bei diesen Reformen nicht darum, das Leben der Brüder „weltläufiger“ zu machen. Die religiöse Weihe bleibt das Wesentliche. Ihr ist alles andere unterzuordnen.

Unter Hinweis auf das Leben der Klöster in frühester Zeit, in der von 100 Ordensleuten einer Gemeinschaft meist nur sechs oder sieben Priester waren, will man ferner die im Laufe der Geschichte eingetretene soziale Differenzierung zwischen Priestern und Nichtpriestern nach außen und innen zur Einheit der Gemeinschaft zurückführen. Die Aufgabe braucht zu ihrer Erfüllung Zeit. Sie wird in dem Maße leichter, als von unten ein Stamm gebildeter, ja hochgebildeter Brüder nachwächst und diese Brüder auch eine theologische Grundbildung erhalten, wie sie einzelne belgische Kongregationen ihren Brüdern schon geben. Man hat die Beobachtung gemacht, daß diese noch im ersten Stadium befindlichen Reformen nicht nur zum Abbau von eingewurzelten Vorurteilen im Volk beitrugen, sondern auch zu einem progressiven, fühlbaren Anwachsen der Brüderberufe in den letzten Jahren führten, wenn auch die Zahl der Eintretenden, absolut genommen, noch zu gering ist. Die Missionen, deren Wirken ohne Brüdermissionare aufs schwerste gehemmt ist, sehen dem Ausgang der neuen Experimente mit größtem Interesse entgegen. Denn sie stehen vor der unmittelbaren Aufgabe, selbst eine Laienbrüderschar heranzubilden, die die örtlichen Priester in jeder Hinsicht entlastet und auch als Katecheten Verwendung finden kann.

Das Pan-Afrika-Seminar der Pax Romana in Léopoldville

Vom 23. Dezember 1960 bis 5. Januar 1961 fand im Lovanium (Kongo) das zweite Pan-Afrika-Seminar der Pax Romana statt. Rund 80 Teilnehmer

aus 18 afrikanischen Universitäten waren zusammengekommen, um nicht so sehr interessante Referate zu hören als vielmehr selbst Wege für eine intensive Gruppenarbeit zu finden. Eine Entwicklung fand hier ihren Abschluß, die mit dem ersten Pan-Afrika-Seminar 1957 in Accra begonnen hatte: damals wurde der Anstoß dazu gegeben, an allen afrikanischen Universitäten Studentengruppen zu bilden; im Sommer 1960 baten als letzte Gruppen die von Addis Abeba und Monrovia um ihre Aufnahme in die Pax Romana.

Allerdings waren die Gruppierungen afrikanischer katholischer Studenten zunächst selten mehr als Treffpunkte für

Freizeitgestaltung. Es fehlte nicht nur an Ideen, sondern auch an der Einsicht, daß eine katholische studentische Gemeinschaft auch Erziehungs- und Bildungsaufgaben hat. Dazu kam, daß im Schwarzen Afrika kein einziger hauptamtlicher Studentenseelsorger zur Verfügung stand. Die Ausnahme ist Südafrika, das über einen hauptamtlichen Seelsorger verfügt; der südafrikanische katholische Studentenverband arbeitet (nicht nur deswegen allerdings) ausgezeichnet und hat seine Gruppen an allen „weißen“ und der einzigen „schwarzweißen“ Universität in Roma, Basutoland (die Universitäten für die Schwarzen sind so gut wie abgeschnitten von der Außenwelt; die Regierung läßt Kontakte mit internationalen Studentenverbänden nicht zu). Eine Ausnahme in anderem Sinne ist die aktive und gutgeformte Gruppe an der Universität Khartoum, in der alle 30 katholischen Studenten dieser Institution regelmäßig zusammentreffen (im ganzen hat die Universität 1400 Studenten).

Bei den Teilnehmern des Seminars machte sich deutlich bemerkbar, daß ihnen außer einer Fachausbildung auf einem sehr eng umgrenzten Gebiet wenig mehr Möglichkeiten zur Bildung zur Verfügung stehen. In der einen oder anderen Gruppe werden jährlich einmal Exerzitien abgehalten; aber das ändert nichts daran, daß ihre religiöse Bildung einem Kinderwissen entspricht. In dieser Angelegenheit wurde im Verlauf des Treffens von seiten der Studenten scharf kritisiert, daß ihnen der katholische Glaube nur von seiner negativen, der Verbotsseite her in den katholischen Schulen beigebracht worden sei; wieder und wieder betonten Teilnehmer dieses Seminars (Katholiken!), sie seien antiklerikal eingestellt (was mindestens bedeutet, daß sie jedem Priester mit Mißtrauen begegneten). Es mag auf eine derartige Haltung zurückzuführen sein, daß in Arbeitsgruppen dann wiederholt eine entschiedene Trennungswand zwischen priesterlichem und Laienapostolat gezogen wurde und es lange brauchte, bis ein echter Geist brüderlicher Zusammenarbeit zwischen Priestern und Laien herrschte.

Am Anfang stand, dem Bildungsgrad der Seminarteilnehmer entsprechend, eine Woche der Wissensvermittlung. Mittelpunkt dieses ersten Teiles des Treffens waren zwei je fast drei Stunden dauernde Referate: in dem einen setzte sich Professor James Stewart aus Roma, Basutoland, mit der Frage auseinander, wie man sein eigenes Staatsbild formt, wie man in Afrika einen Staat aufbaut und wie man schließlich dafür sorgt, daß jeder Bürger des Staates diesen Staat mit seiner ganzen Kraft trägt. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand allerdings immer wieder die ganz praktische Frage: Afrika braucht uneigennützig Politiker, es hat deren gar zu wenige; Afrika braucht ganz einfache zum Dienst bereite Menschen, Afrikaner mehr noch als „europäische Hilfstruppen“. Professor Stewart nahm damit nur auf, was der kongolesische Weihbischof Malula am Eröffnungstag dem Seminar mit auf den Weg gegeben hatte, als er vor der Gefahr des selbstsüchtigen und verantwortungslosen Staatsbeamten und gebildeten Staatsbürgers warnte.

Um die wirtschaftliche Entwicklung drehte sich das zweite Hauptreferat (P. Turin, Dakar, Mitarbeiter von „Économie et Humanisme“). P. Turin, der in verschiedenen afrikanischen Regierungen bei der Entwicklung von wirtschaftlichen Plänen beteiligt war, plädierte für die Planwirtschaft auf allen Gebieten; nur so sei Afrika davor zu bewahren, wirtschaftlich von Europa abhängig zu bleiben; nur so sei es für Afrika schließlich möglich, in

kurzer Frist gesunde Staaten zu schaffen. Eine Zusammenarbeit der afrikanischen Staaten, zunächst in den Regionen wenigstens, sei auf die Dauer unbedingt notwendig. Aber auch hier lag der Tenor wieder auf dem Problem, daß derartige Pläne von den natürlichen Voraussetzungen — etwa gar der einzelnen Stämme — ausgehen müßten, daß überall der Mensch es sei, der zähle, der die Wirtschaftsplanung tragen müsse.

Dr. Nicolas Toufic aus Bamako faßte alle Diskussionen und die kleineren Referate zu praktischen Fragen (jugendliche Arbeitslosigkeit, Jugendfürsorge, freiwilliger Arbeitsdienst, die Rolle von Rundfunk und Zeitung, die kirchlichen Autoritäten in Afrika, die Arbeit in den Studentengruppen) zusammen und zeigte am Gleichnis des mystischen Leibes Christi die verantwortliche Stellung des afrikanischen Studenten in der Kirche und in seinem Kontinent.

Die zweite Woche sah die Teilnehmer des Seminars nicht mehr in der Hörsaal-Atmosphäre; nun waren sie das Forum, das die praktische Arbeit der verschiedenen Studentengruppen beriet und festlegte. Kurzgespräche über methodische Fragen leiteten die einzelnen Tage ein (Gruppenleiterschulung, das Problem berufsethischer Bildung, die Mitarbeit in neutralen Verbänden u. ä.). Die Studentenpfarrer hatten ein eigenes Treffen, das sich vor allem mit Fragen der Liturgischen Bewegung (und den zahllosen Widerständen, auf die man bisher bei der Diskussion und bei der Einführung lebendigerer Liturgie gestoßen sei) sowie mit dem Bereich der Bibelarbeit beschäftigte; bei der Überlastung der — wie gesagt — nebenamtlichen Studentenpfarrer wird leider aus diesem fruchtbaren Gespräch kein dauernder Kontakt werden, obwohl dieser dringend notwendig ist.

Das Seminar endete mit einem ganzen Tag Arbeit an einer Reihe von Beschlüssen, die den Gruppen eine Art Richtlinie bei ihrer Arbeit sein, gleichzeitig aber auch nach außen hin eine Richtung zeigen sollen. Zu Fragen der politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung wurde hier sehr konkret Stellung genommen (vorrangig war die Forderung nach einer festgefühten demokratischen Ordnung und gegen eine zu enge Verbindung mit einem der beiden die Welt dominierenden Machtblöcke; „Afrika muß seinen eigenen Beitrag liefern zur internationalen Gemeinschaft“; am Ende stand die Mahnung, über allen materiellen Problemen die geistige und religiöse Entwicklung Afrikas nicht zu vergessen). Kein Wort wurde übrigens gesagt über irgendwelche Hilfsforderungen an nichtafrikanische Nationen; alle Beschlüsse drehten sich nur darum, dem afrikanischen katholischen Studenten seinen verantwortlichen Platz innerhalb seiner Gemeinschaft zu zeigen. So bewies also das Seminar den Willen, den Weg zur Eigenständigkeit Afrikas zu bereiten.

Das unabhängige Nigerien und die Kirche

Am 1. Oktober 1960 wurde die Föderation Nigerien an der afrikanischen Westküste selbstständig, nachdem sie etwa 80 Jahre lang eine englische Kolonie — die größte englische Kolonie in Afrika — gewesen war. Nach afrikanischem Maßstab ist Nigerien nicht groß: 13 andere afrikanische Staaten haben eine größere Oberfläche; es zählt aber immerhin mehr Quadratkilometer als die Bundesrepublik, die Beneluxländer und Frankreich zusammen (878 500 qkm). Dagegen ist Nigerien nach afrikanischem Maßstab sehr dicht bevölkert: flächenmäßig nicht

die Hälfte des Kongos, zählt es fast dreimal so viele Menschen (35,3 Millionen) wie (Belgisch-)Kongo und ist auf der Welt die vierzehntgrößte Nation. Die Bevölkerung Nigeriens nimmt jeweils in drei Jahren um 2 Millionen zu.

Nach den bitteren Erfahrungen im Kongo ist mancher Europäer geneigt, sich besorgt zu fragen, ob Nigerien für die Unabhängigkeit „reif“ ist oder ob man ein zweites Kongo zu befürchten habe. Die Antwort darauf darf wohl lauten, daß Nigerien, Afrikas größtes Experiment, natürlich Schwierigkeiten haben wird wie jeder junge Staat, aber die Reifeprüfung vielleicht besser als mancher europäische Staat bestehen wird. Tatsächlich scheint Nigerien für die Unabhängigkeit gut gerüstet zu sein, erstens dank der Einsicht der britischen Kolonialmacht, die den Unabhängigkeitsbestrebungen seit mehreren Jahren entgegengekommen ist und das Land auf den 1. Oktober 1960 vorbereitet hat, und zum zweiten dank der Eigenschaften der Nigerier, die die afrikanische Tugend der Freundlichkeit mit einem Drang zum Maßhalten und fair-play im demokratischen Spiel zu verbinden verstehen. Wie stark die Stammesvorurteile, wie groß die Unterschiede, z. B. auf religiösem Gebiet, in Nigerien auch sein mögen, gerade durch die relativ hohe Bevölkerungsdichte hat man gelernt, einander in Frieden zu lassen — es gibt selbstverständlich Ausnahmen —, und — durch die politische Entwicklung des letzten Jahrhunderts bedingt — gelernt, sich mehr oder weniger mit der „Nation“ Nigerien identisch zu fühlen. Durch die relativ hohe Anzahl gebildeter Führer und Parteiführer ist man zur Überzeugung gekommen, daß auch andere Stämme und Religionen wertvolle Eigenschaften besitzen können. Eine solche Entwicklung unterscheidet sich wesentlich von denen in anderen, dünn besiedelten Gebieten Zentralafrikas, in denen der einzelne seine Sicherheit, seine „Social Security“ naturgemäß in dem kleinen Kreis seiner Familie, seines Klans sucht und findet und bis in die jüngste Zeit allen anderen mißtrauisch und feindselig gegenüberstand. Die besonderen Bedingungen sind es, die in Nigerien das Zusammenspiel zwischen Einheimischen und Kolonialmacht so fruchtbar gestalteten.

Die regionalen Sonderentwicklungen

Durch den Berliner Vertrag von 1885 wurde der Süden von Nigerien, 1900 auch der Norden zum britischen Protektorat erklärt. Von Anfang an behielten die Engländer die Einteilung des Landes in eine Nord- und Südprovinz bei, um 1939 auch den großen Unterschieden im südlichen Teil durch die Schaffung einer Südwest- und Südostprovinz gerecht zu werden. Dadurch wurde in der kolonialen Zeit der natürlichen Struktur des Landes, die sehr alt ist, auch administrativ-verwaltungstechnisch Rechnung getragen, wodurch die vielleicht wichtigste Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren der Föderation Nigerien geschaffen wurde. Die Dreiteilung Nigeriens beruht auf den Stammesunterschieden der einzelnen Provinzen, verbunden mit unterschiedlichen Sozialstrukturen (wirtschaftlich, politisch, kulturell) und verschiedenen Religionen. Letztere bestimmen heute weitgehend Stand und Zukunftsperspektive der katholischen Mission.

Der Norden

Im Norden bestand seit dem 10. Jahrhundert eine Föderation von Hausa-Staaten, die vom 14. Jahrhundert an

muslimisch missioniert wurden. Die Nordprovinz ist bis zum heutigen Tag eine Welt für sich und wahrscheinlich eines der letzten Reservate eines streng hierarchisch geordneten, in sich geschlossenen Lebens. Nordnigerien ist das Land der Könige, Sultane und Emire. Als islamisches Land mit engen Beziehungen zur arabischen Hochkultur am Südrand des Mittelmeeres sind heute noch eine ganze Reihe der nordnigerischen Herrscher auch Gelehrte und religiöse Führer. Nordnigerien ist zum überwiegenden Teil agrarisch und einer der größten Produzenten von Erdnüssen auf dem Weltmarkt.

Die politische Emanzipation Nigeriens fand im Norden ihren Ausdruck in der politischen Partei NPC, dem „Northern People's Congress“, die der Sultan von Sokoto, Sir Ahmadu Bello, anführt. Der NPC beherrscht nicht nur das Parlament der Nordprovinz, sondern auch im föderalen Parlament die größte Anzahl Mandate, weil die Nordregion bevölkerungsmäßig die größte Nigeriens ist. Auch der Ministerpräsident von Nigerien, Sir Abubakar Balewa, ist Mitglied des NPC.

Der Süden

Ist der Norden Nigeriens gewissermaßen vorläufig noch als eine statische Agrargesellschaft zu betrachten, mit einer großen Anzahl Analphabeten (98—99% der Bevölkerung) und echt föderaler Staatsstruktur, so ist der Süden dynamisch, modern: auf dem Wege zu einem Zivilisationsgebilde westlicher Prägung. Hier entstand eine Schicht, die den politischen Ehrgeiz entwickelte, es dem Westen gleichzutun. In der Folge dieser Entwicklung hielten 1922 in der südlichen Region zum erstenmal gewählte Afrikaner in gesetzgebende Organe Einzug; bereits 1957 übten hier Afrikaner die meisten Funktionen der Exekutive aus.

Diese „westliche“ Entwicklung des Südens zeichnet sich vorläufig am stärksten im Südwesten ab, im Gebiet der Yoruba-Stämme. Das Gebiet der Yorubas ist der wirtschaftlich am meisten entwickelte Teil Nigeriens (Kakao, Kautschuk, Anfänge von Industrialisierung) und steht auch auf dem Gebiet des Unterrichtswesens an der Spitze des Landes. Die Religion der Yorubas ist der Animismus. Die protestantische (anglikanische) Mission hat aber beträchtliche Erfolge erzielt.

Der politische Führer der Südwestprovinz ist der Führer der sehr aktiven Action Group (AG), Obafemi Awolowo; er leitet die Opposition im föderalen Parlament. Awolowo ist ein Jurist der Londoner Universität und gehört der Methodisten-Kirche an.

Im Südosten des Landes leben die Ibos, wohl die freiheitlichsten Stämme Nigeriens; sie haben nie eine andere soziale Organisation als die des Stammes gekannt. Dadurch waren sie in etwa befähigt, die Formaldemokratie westlicher Prägung zu übernehmen. Ihre Wirtschaft steht hinter der der Yorubas im Südwesten zurück, aber sie entwickelt sich rasch (wichtigstes Produkt: Palmöl). Hier, im Südostteil, liegen die Hauptpositionen der Mission. Politisch sind die Ibos in dem National Council of Nigeria and the Cameroons organisiert, deren Leiter Nnamdi Azikiwe, Doktor der Anthropologie und Philosophie, ist. Azikiwe wurde Präsident des Ministerrats der Nigerischen Föderation.

Die Kirche in Nigerien

Die Kirche Nigeriens konnte im Unabhängigkeitsjahr des Landes ihr hundertjähriges Jubiläum feiern. Zwar be-

fanden sich einige Priester unter den Portugiesen, die 1472 nach Lagos kamen, aber weder ihre Arbeit noch die der von den Portugiesen später entsandten Missionare hatte bleibende Folgen. Die Gegenkräfte, Sklavenhandel, Stammeskriege, die große Sterblichkeit unter den Missionaren, ließen alle Versuche, die im Laufe von vier Jahrhunderten durch Kapuziner, Jesuiten, Karmeliter, Dominikaner gemacht wurden, scheitern. Erst 1860 gelang es den Priestern der Société des Missions Africaines, die moderne Mission aufzubauen. Der italienische Pater Borgheso fand in Lagos eine Gruppe mehrerer Tausende von befreiten Negersklaven aus Brasilien vor, die den christlichen Glauben in einer primitiven Form bewahrt hatten und von einem Laien „Padre Antonio“ geführt wurden. Diese Gruppe bildete den Kern der jungen Kirche in Nigerien. 1878 wurde von den „brasilianischen“ Katholiken die Kathedrale von Lagos gebaut. Eine erste Schule (mit portugiesischer Unterrichtssprache) wurde gegründet. Von dieser Zeit an drangen die Missionare immer mehr ins Landesinnere vor. Dies ging nur unter erheblichen Opfern vor sich: bis 1900 etwa betrug die mittlere Arbeitsfähigkeit eines Missionars im Inland noch keine drei Jahre. Dennoch gewann die Kirche im westlichen Gebiet von Südnigerien im Laufe der Jahrzehnte ihren organisatorischen Unterbau. 1883 wurde das Apostolische Vikariat der Beninküste gegründet, 1884 die Apostolische Präfektur Ober-Niger, die später in das Apostolische Vikariat Westnigerien (jetzt: Diözese Benin City) umgewandelt wurde. 1928 zählte dieses Vikariat 26 000 Katholiken, heute sind es schon 280 000. 1889 folgte die Errichtung der Apostolischen Präfektur Nieder-Niger (die heutige Erzdiözese Onitsha). Obwohl sich die kirchliche Organisation regelmäßig weiterentwickelte, blieb die Zahl der Bekehrungen eher bescheiden. Dies dürfte u. a. auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß die evangelische Missionierung in diesem Gebiet früher begann und in diesem von den Engländern verwalteten Gebiet gute Chancen hatte. Heute zählt der Südwesten Nigeriens etwa 800 000 Protestanten gegen ungefähr 300 000 Katholiken.

Viel größer war der Einfluß der Kirche in Ostnigerien, vor allem seitdem der Ire Msgr. Shanakan die Gründung zahlreicher Schulen einleitete. Das Priesterseminar der Erzdiözese Onitsha, 1924 errichtet, stellte 1930 den ersten autochthonen Priester Nigeriens, den jetzigen Auxiliärbischof der Erzdiözese, John Anyogu. 1953 und 1957 wurden zwei weitere Nigerier zum Bischof geweiht, und die Zahl der einheimischen Priester nimmt immer mehr zu. 1959 zählte Nigerien 165 einheimische Seminaristen. In Ostnigerien hat die Zahl der Katholiken die Million überschritten; 400 000 Katechumenen bereiten sich auf die Taufe vor. Die zwei größten Diözesen des Ostens, zugleich die größten des ganzen Landes, sind die Erzdiözese Onitsha mit über 300 000 Katholiken und 114 000 Katechumenen und die Diözese Owerri mit etwa 500 000 Katholiken. Das Anwachsen der Kirche in diesem Gebiet ist vor allem den Tausenden irischen Missionaren zu verdanken, die im Laufe der Zeit nach Nigerien entsandt wurden. Heute machen die Iren mehr als Dreiviertel der in diesem Land tätigen Missionare aus.

Im Norden, wo der Islam die vorherrschende Religion ist und Zweidrittel der Bevölkerung ausmacht, sind die Katholiken nur eine kleine Minderheit. Erst 1907 konnte die Mission dort Fuß fassen, und der Prozeß der Christianisierung der 4 000 000 Nichtmuslimen geht sehr langsam voran.

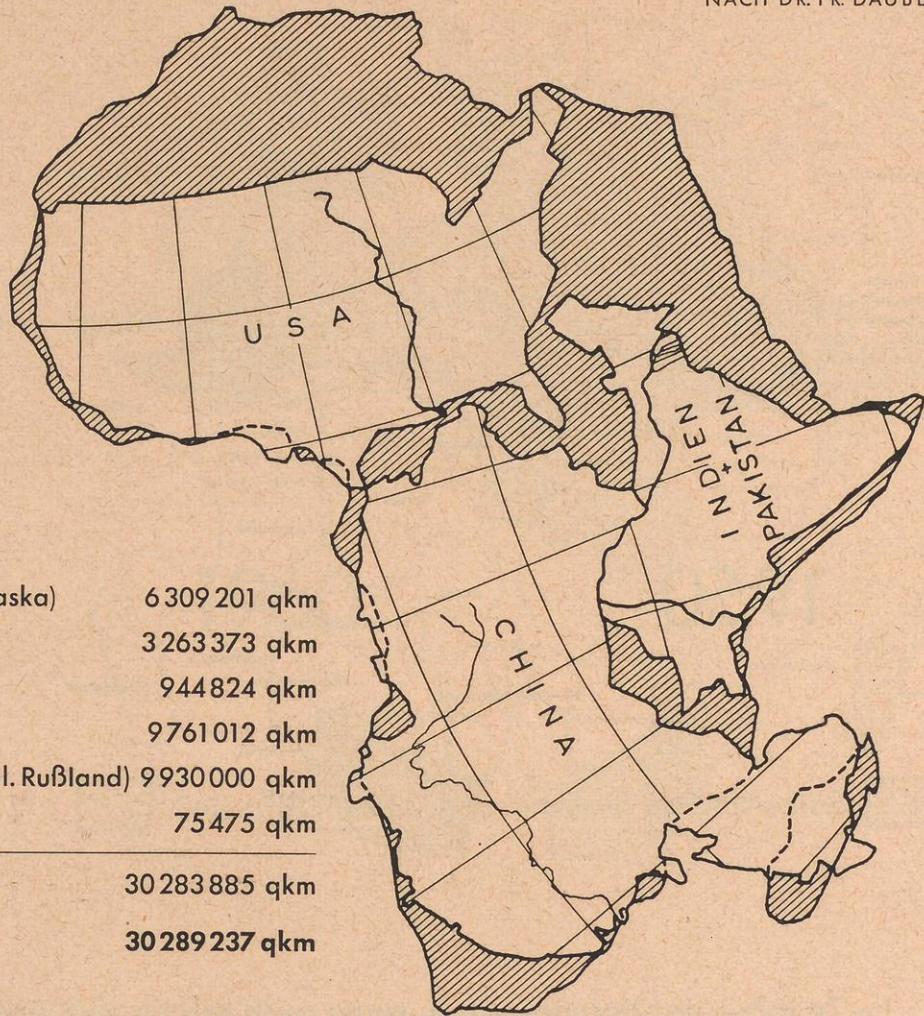
1950 wurde in ganz Nigerien die Hierarchie errichtet. So zählt die katholische Kirche im Augenblick der Unabhängigkeit des Landes drei Kirchenprovinzen: Kaduna im Norden (Suffragandiözesen: Jos und Oturkpo) mit insgesamt 100 000 Katholiken; die Kirchenprovinz Lagos (Suffragane: Benin City, Ibadan und Ondo) mit 300 000 Katholiken und Onitsha (Suffragane: Buea, Calabar, Ogaja, Owerri und Umuahia) mit 1 200 000 Katholiken. Außerdem gibt es noch fünf Apostolische Präfekturen (Kabba, Maiduguri, Oyo, Sokoto und Yola). Nach neuesten Angaben der Propaganda Fide zählt Nigeria 556 000 Katechumenen. Diese Zahlen lassen einen gewissen Optimismus bezüglich der Zukunft der Kirche in Nigerien berechtigt erscheinen; freilich nur dann, wenn in absehbarer Zeit die Zahl der Priester zunimmt. Zur Zeit sind nur 776 Priester in Nigerien tätig, d. h., ein Priester hat 2850 Katholiken und Katechumenen zu pastorieren. Die Anzahl der einheimischen Priesterberufe in Nigerien ist verhältnismäßig gering. Andere Faktoren, wie der Islam im Norden, die ungleiche Verteilung der Katholiken über das Land (absoluter Schwerpunkt im Südosten), die geringe Anzahl Katholiken unter den politischen und sozialen Führungsschichten, die Schwäche des katholischen Mittelschulunterrichts, geben Anlaß zur Besorgnis über die zukünftige Entwicklung der Kirche. Demgegenüber stehen die positiven Faktoren, wie die Tatsache, daß die Katholiken einen verhältnismäßig großen Einfluß in den am meisten modernisierten Gebieten haben, sowie ihr großer Anteil an den Volks- und Mittelschulen (ungefähr 4000 mit 500 000 Schülern). Die katholische Presse entwickelt sich günstig. Es erscheinen jetzt neben der Monatsschrift „Catholic Life“ für ganz Nigerien der zweimal im Monat herausgegebene „The Leader“ für Ostnigerien und die Wochenschrift „The Catholic Herald“, 1960 wurde in Ibadan die neue Buchdruckerei der St.-Petrus-Claver-Sodalität eingeweiht; sie druckt die neue katholische Wochenschrift „The Independent“ für Nord- und Westnigerien. Das Erscheinen der Zeitung gab dem Premierminister Abubakar Balewa Anlaß zu schreiben: „Was die Missionare auf allen Gebieten für die Entwicklung Nigeriens getan haben, kann nicht überschätzt werden, und ich hege die feste Hoffnung, daß ‚The Independent‘ diese Arbeit weiterführt und die geistige Erziehung der Katholiken wie aller seiner Leser in Nigerien fördert.“

„Ohne Religion kann keine Nation bestehen“

Die Bischöfe Nigeriens veröffentlichten aus Anlaß der Unabhängigkeitserlangung einen gemeinsamen Hirtenbrief, in dem sie darauf hinwiesen, daß ein guter Christ notwendigerweise auch ein guter Staatsbürger sein müsse und daß die Katholiken sich allen gerechten Gesetzen zu unterwerfen hätten. Als sich kurz vor Mitternacht am 30. September 1960 die Oberhäupter der drei großen Religionsgemeinschaften in Nigerien in Lagos zu öffentlichem Gebet versammelten, verlas Erzbischof Taylor von Lagos ein Gebet, das Papst Johannes XXIII. eigens für Nigerien verfaßt hat. Und als der päpstliche Vertreter, Erzbischof Maury, dem Premierminister ein Glückwunschsreiben des Heiligen Vaters überreichte, erklärte dieser bewegt, die Hauptursache der Weltwirren sei darin zu finden, daß die Menschen glaubten, sich an Gottes Stelle setzen zu können. Ohne Religion könne keine Nation bestehen. Er ziehe einen guten Christen einem schlechten Muslimen vor.

Der Riesenkontinent Afrika

NACH DR. FR. DAUBENTON



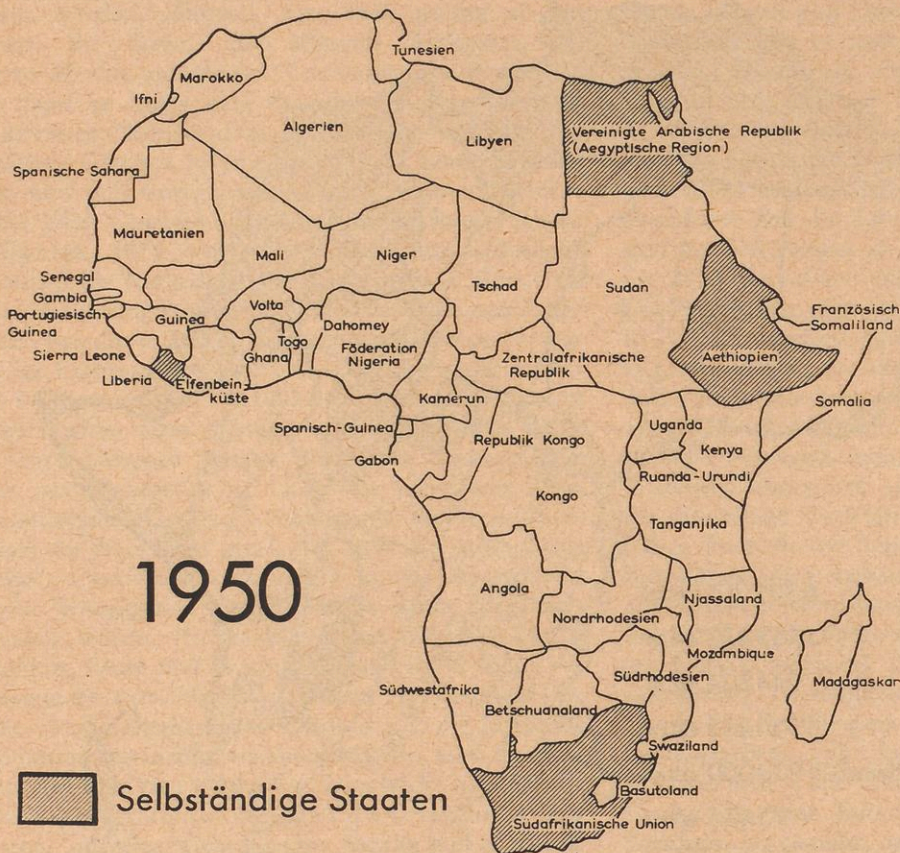
USA (ohne Alaska)	6 309 201 qkm
Indien	3 263 373 qkm
Pakistan	944 824 qkm
China	9 761 012 qkm
Europa (einschl. Rußland)	9 930 000 qkm
Panamá	75 475 qkm
Summe	30 283 885 qkm
Afrika	30 289 237 qkm

Die ungeheure Ausdehnung Afrikas zeigt diese Karte, in der auf der Fläche des Kontinents die Länder USA, Indien, Pakistan und das kontinentale China eingezeichnet sind. Es bleibt dann noch genügend Raum für ganz Europa (einschließlich europäischem Rußland) und für ein Gebiet in der Größe Panamás oder Ceylons oder Österreichs.

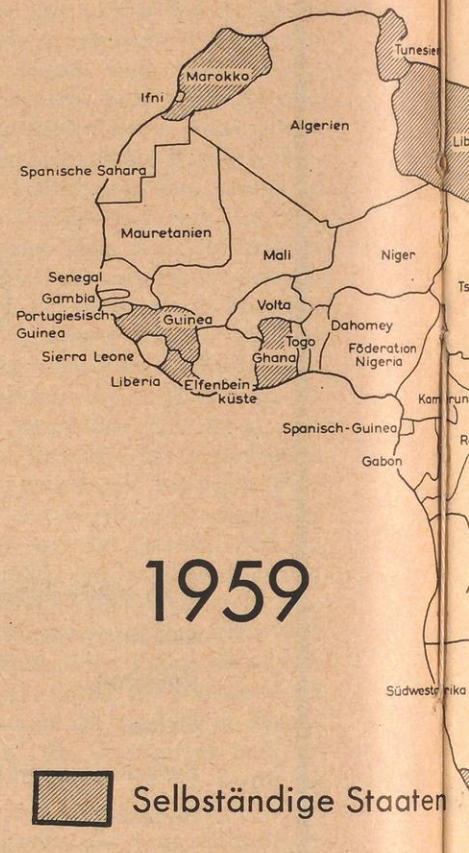
ZU SEITE 4 Afrika ist nach Ozeanien der am dünnsten besiedelte Kontinent (Ozeanien 2 Einwohner/qkm, Afrika 8, Amerika 9, Asien ohne Rußland 59, Europa ohne Rußland 85). Die Bevölkerungsdichte ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden; sie schwankt zwischen 0,2 (Spanisch-Sahara) und 88,6 (Ruanda-Urundi). Die ungeheueren Wüstenfläche im ganzen Norden und der dichte Dschungel im Inneren machen

eine Besiedlung sehr schwierig, wenn nicht unmöglich. Die dichtestbesiedelten Gebiete sind meist an den Küsten gelegen, von wo aus auch die Kolonialisierung erfolgte. Mit Ausnahme des kleinen Ruanda-Urundi hat kein afrikanisches Land eine Bevölkerungsdichte von mehr als 40 Einwohner/qkm (zum Vergleich: China 69, Österreich 84, Schweiz 126, Bundesrepublik Deutschland 210, Japan 248, Niederlande 345).

Afrikas Weg aus der



1950

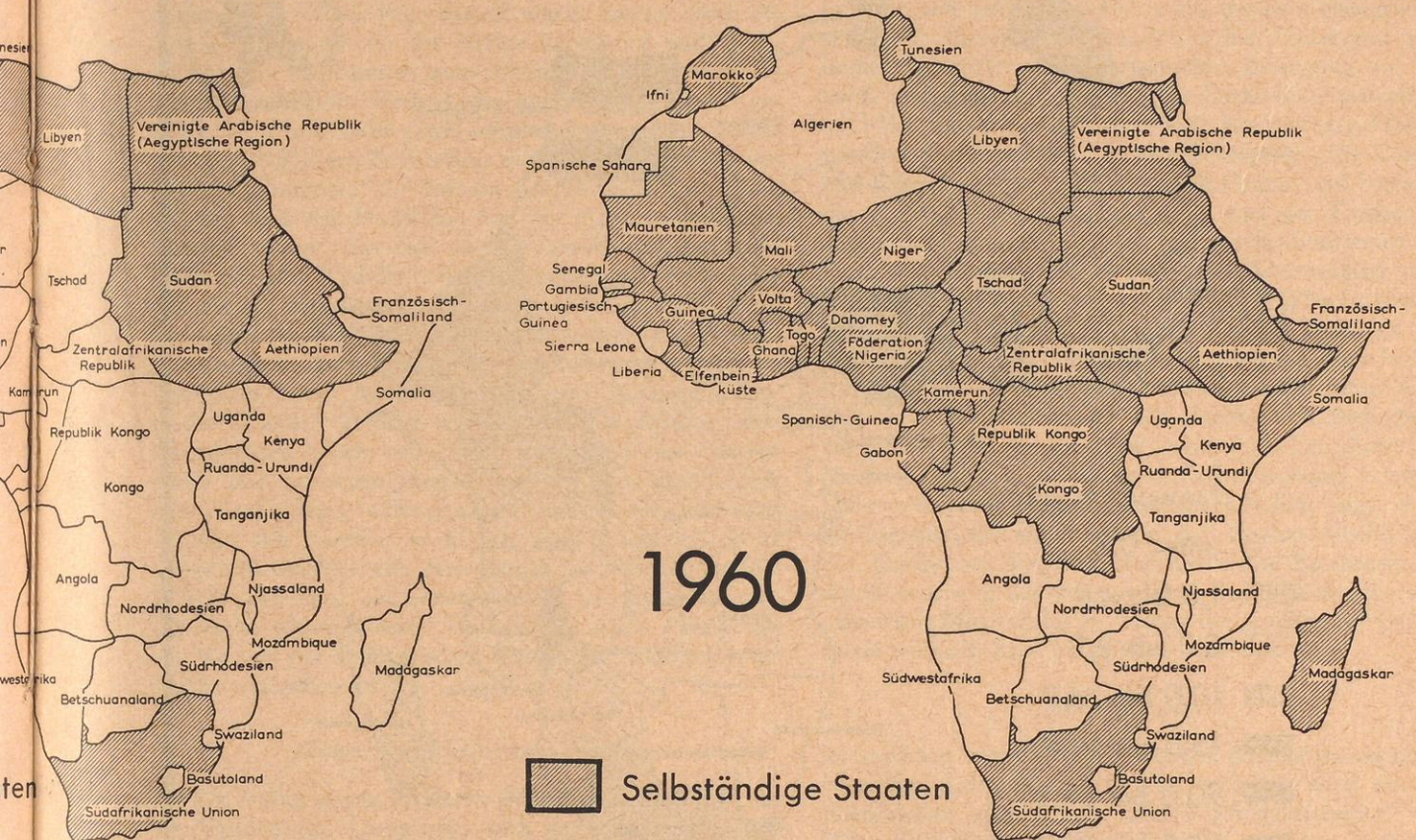


1959

Im Zeitalter der Kolonisierung, wenn auch relativ spät und anfangs nur oberflächlich von den Küstenzonen her, wurde nahezu ganz Afrika von den verschiedenen europäischen Kolonialmächten unterworfen. Während des ganzen 19. Jahrhunderts waren lediglich zwei Staaten unabhängig: **Äthiopien** und (seit 1847) **Liberia**. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden nur weitere zwei Staaten selbständig: die **Südafrikanische Union** (1910) und **Ägypten** (1922); in der Südafrikanischen Union ist aber bis heute die farbige Mehrheit der Bevölkerung staatsbürgerlich und sozial diskriminiert.

Im Jahr 1951 erlangte ein weiteres Land die Eigenstaatlichkeit: **Libyen**. Dann erhöhte sich das Tempo der Entkolonialisierung rapide: 1956 **Sudan**, **Tunesien** und **Marokko**, 1957 **Ghana**, 1958 **Guinea**. 1960 wurde mit Recht das Jahr Afrikas

er Kolonialherrschaft

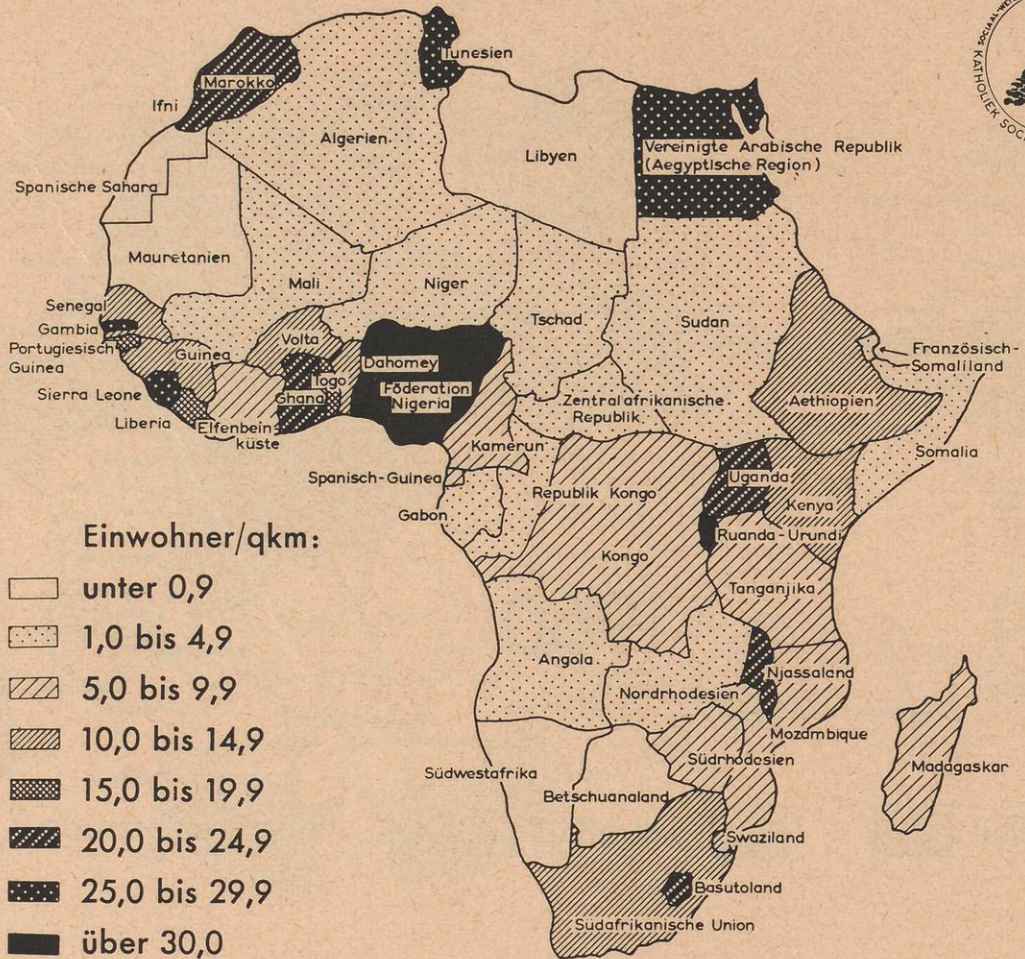


genannt, denn in diesem einen Jahr erhielten nicht weniger als 17 ehemalige Kolonien die politische Unabhängigkeit:

- | | | | |
|-----------|--------------------------------|--------------|-------------------------------------|
| 1. Januar | Kamerun | 5. August | Volta |
| 27. April | Togo | 6. August | Elfenbeinküste |
| 20. Juni | Senegal | 11. August | Tschad |
| 20. Juni | Mali | 13. August | Zentralafrikanische Republik |
| 25. Juni | Madagaskar | 15. August | Kongo (ehem. Französisch-) |
| 30. Juni | Kongo (ehem. Belgisch-) | 17. August | Gabon |
| 1. Juli | Somalia | 1. Oktober | Nigerien |
| 1. August | Dahomey | 28. November | Mauretanien |
| 3. August | Niger | | |



Afrikas Bevölkerungsdichte



	Einwohner	Einw. je qkm		Einwohner	Einw. je qkm
Ruanda-Urundi	4 800 000	88,6	Madagaskar	5 180 000	8,9
Föderation Nigeria	34 000 000	38,7	Mozambique	6 300 000	8,2
Sierra Leone	2 100 000	29,0	Kamerun	3 400 000	7,9
Gambia	290 000	27,0	Spanisch-Guinea	220 000	7,9
Ägypten	25 100 000	25,1	Elfenbeinküste	2 485 000	7,7
Tunesien	3 900 000	25,0	Südrhodesien	2 730 000	7,0
Uganda	5 860 000	24,1	Kongo	13 750 000	5,9
Marokko	10 000 000	22,2	Algerien	10 400 000	4,7
Njassaland	2 780 000	21,9	Sudan	11 500 000	4,6
Basutoland	665 000	21,9	Angola	4 440 000	3,6
Ifni	40 000	20,8	Nordrhodesien	2 360 000	3,2
Ghana	4 910 000	20,7	Mali	3 708 000	3,1
Togo	1 100 000	19,4	Somalia	1 950 000	3,1
Liberia	1 880 000	17,0	Französisch-Somaliland	64 000	2,9
Portugiesisch-Guinea	565 000	15,6	Republik Kongo	760 000	2,2
Dahomey	1 713 000	14,8	Tschad	2 574 000	2,0
Swaziland	237 000	13,6	Niger	2 435 000	2,0
Äthiopien	15 000 000	12,7	Gabon	4 700 000	1,8
Volta	3 326 000	12,1	Zentralafrik. Republik	1 120 000	1,8
Südafrikanische Union	14 680 000	12,0	Libyen	1 154 000	0,7
Senegal	2 270 000	11,5	Südwestafrika	539 000	0,7
Kenia	6 450 000	11,1	Mauretanien	650 000	0,6
Guinea	2 600 000	10,6	Betschuanaland	337 000	0,5
Tanganjika	9 160 000	9,8	Spanisch-Sahara	50 000	0,2

Ökumenische Nachrichten

Arthur M. Ramsey, Der derzeitige Primas der Kirche von England, der 100. Erzbischof von Canterbury gab am 17. Januar vor der Synode seiner Kirchenprovinz bekannt, daß er am 31. Mai 1961, „zum rechten Zeitpunkt“, zurücktreten werde. Zwei Tage darauf wurde bereits durch die Königin Elisabeth II. der jetzige Erzbischof von York, Dr. Arthur M. Ramsey, zum Nachfolger Dr. Fishers ernannt. Aus diesem Wechsel, der überraschend schnell geschah, wird mit Recht geschlossen, daß sowohl der Rücktritt des 74-jährigen Erzbischofs von Canterbury noch vor seiner Orientreise, die ihn am Schluß auch nach Rom führte, samt der Nachfolge mit der Königin und dem Premierminister, die nach der Verfassung das Recht zur Ernennung der Bischöfe haben, besprochen und vorbereitet worden ist. Alle Beteiligten halten es für richtig, daß die britische Kirchendelegation auf der bevorstehenden 3. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Neu-Delhi im Dezember dieses Jahres von dem jetzt 56-jährigen Erzbischof Ramsey geführt wird, der ein erfahrener Vorkämpfer der Arbeit von „Faith and Order“ ist und zugleich den hochkirchlichen Flügel der Anglikaner führt. In England, in der ganzen Ökumene wie im Vatikan ist man sich darüber im klaren, daß Erzbischof Fisher seinem Nachfolger mit dem Besuch bei Papst Johannes XXIII. den Weg hat ebnen wollen. Die Frage ist nur, inwieweit dieser Wechsel im anglikanischen Primat als ein Wechsel des ökumenischen Kurses der Anglikanischen Kirche anzusehen ist.

Einheit und Einheit ist zweierlei

Als Dr. Fisher seinen Rücktritt ankündigte, machte er vor der Synode von Canterbury auch bemerkenswerte Ausführungen über seinen Besuch beim Papst, die die hier gegebene Deutung bestätigen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 163). Er sagte: „Ich halte es für wichtig, immer zu unterscheiden, was der Papst unter den Zeichen der Einheit (unity) versteht und was ich die Zeichen des Einverständnisses (union) nenne, dieser anderen Form der Vereinigung (association), die ich die Einheit im Geist, eine Bruderschaft des Heiligen Geistes genannt habe, in welcher nicht die Sorge um die formulierte Lehre, die Kirchenleitung und die Kirchenordnungen den Vorrang hat, sondern das Zusammenleben in den Aufmerksamkeiten (courtesies) des Reiches Gottes, wie sie unser Herr geoffenbart hat. Welches Wort auch immer gebraucht wird, es ist notwendig, zu erkennen, daß zwischen den beiden Ideen von Einheit eine saubere Unterscheidung gewahrt wird“ (vgl. hierzu auch Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 98). Dennoch fügte Dr. Fisher hinzu: „Meiner Ansicht nach ist die Schaffung des neuen Sekretariates unter Kardinal Bea durch den Papst ein glänzendes Beispiel solcher Einheit im Geiste.“ Als Ergebnis seines Besuches beim Papst habe er von vielen Seiten Zustimmung erhalten, die damit rechnen, daß eines Tages die Befreiung von den bestehenden Hindernissen, Unaufmerksamkeiten und der Isolierung kommen werde („Church Times“, 20. 1. 61; vgl. auch die Ausführungen von Kardinal Bea, ds. Heft, S. 248).

Erzbischof Arthur Michael Ramsey wurde als Sohn eines angesehenen Kongregationalisten geboren. Der spätere Erzbischof Fisher hat ihn einst konfirmiert und dann auch

seine Prüfung zum Kaplan abgenommen. Der junge Ramsey wählte die wissenschaftliche Laufbahn und wurde 1940 Professor für Theologie in Durham. In dieser Zeit reiften seine Studien des Neuen Testaments zu Erkenntnissen, die ihn bald zum Sprecher der Anglikaner machten, jener Gruppe innerhalb der Kirche von England, die in weitgehender Anlehnung an die katholische Liturgie und Sakramentenlehre ein starkes Gegengewicht gegen ein Abgleiten zu den Freikirchen bildet und auch immer innerhalb der Ökumenischen Bewegung auf ein gutes Verhältnis zu Rom und der Orthodoxie gedrungen hat. Mit dieser Einstellung wurde Ramsey der Hauptsprecher der Anglikaner in der Bewegung „für Glaube und Kirchenverfassung“ (Faith and Order) und bereitete die 1. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Amsterdam und vor allem die Weltkirchenkonferenz von Faith and Order 1952 in Lund vor. Unmittelbar nach Lund wurde er Bischof von Durham und 1956 Erzbischof von York. Ramsey ist ein ebenso tiefer Theologe wie brillanter Prediger. Sein starkes Bewußtsein vom katholischen Erbe der Kirche von England hat ihn jedoch nicht gehindert, das Experiment der „Kirche von Südindien“ zu unterstützen. Er ist sicher weniger als Dr. Fisher der Meinung, daß die Endlösung der ökumenischen Frage in Unionsversuchen ohne dogmatische Klarheit liegt, er ist im Gegenteil der Überzeugung, daß das katholische Erbe der Kirche von England, der historische Episkopat mit der Erneuerung der dogmatischen Katholizität, die entscheidende Mittlerrolle im Weltrat der Kirchen zur Orthodoxie wie nach Rom hin spielen wird.

Ein neuer Kurs?

Es ist schwer vorzusagen, welchen Kurs er im einzelnen einschlägt. Sicher ist, daß er alles versuchen wird, um der Kommission „für Glaube und Kirchenverfassung“ den Platz einzuräumen, den sie erstrebt und der ihr bisher noch vorenthalten wurde (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 183). Ebenso sicher dürfte sein, daß seine langjährigen persönlichen Beziehungen zu Msgr. Willebrands, dem leitenden Mitarbeiter von Kardinal Bea im Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen, sich dahin auswirken werden, daß vom Stuhl von Canterbury nicht mehr so unfreundliche Äußerungen über Rom fallen, wie man sie früher gelegentlich aus dem Munde von Dr. Fisher hat hören müssen. Sicher ist auch, daß Erzbischof Ramsey sehr viel anziehender für die katholischen Ökumeniker ist als sein Vorgänger. Und gerade deshalb wird man in Canterbury damit rechnen, daß Erzbischof Ramsey als anglikanischer Hierarch ohne Preisgabe der anglikanischen Tradition das erklärte Ziel des Weltrates der Kirchen und der Bewegung von „Faith and Order“ leichter verwirklichen wird als Dr. Fisher, nämlich Rom aus seiner Isolierung zu lösen und ins ökumenische Gespräch hineinzuziehen. (Vgl. die von Erzbischof Ramsey mitverfaßte Schrift „Catholicity“; Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 314.)

„Jesus Christus, das Licht der Welt“ Unter diesem Titel, zugleich das Generalthema der 3. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Neu-Delhi, hat die Genfer Informationsabteilung das Vorbereitungsheft in 20 Sprachen und in 500 000 Exemplaren verschickt. Vergleicht man es mit den entsprechenden Heften für die 1. Vollversammlung 1948 in Amsterdam oder für die